

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Andrea Schmitz / Tommaso Trevisani

Neuanfang im Schatten der Krise

Kirgistan nach dem Regimewechsel

S 16
Juni 2011
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Das Krisenjahr 2010**
- 7 Der April-Putsch und die Folgen
- 9 Ethnische Spannungen und die Juni-Pogrome
- 10 Krisenbewältigung und Rechtfertigungsdiskurse
- 12 Unkontrollierte Machtverschiebungen
- 14 **Herausforderungen für das kirgisische Staatsprojekt**
- 14 Die innenpolitische Konstellation nach den Parlamentswahlen im Oktober 2010
- 16 Ethnonationalismus
- 18 Soziale und ökonomische Herausforderungen
- 20 Außenpolitische Neuausrichtung
- 23 **Ausblick: Risiken und Chancen**
- 25 **Abkürzungsverzeichnis**

Dr. Andrea Schmitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Russland/GUS

Dr. Tommaso Trevisani war bis Oktober 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Russland/GUS

Neuanfang im Schatten der Krise Kirgistan nach dem Regimewechsel

Zwei einschneidende Ereignisse haben Kirgistan in eine Krise gestürzt, von der es sich nur mit Mühe erholt: der Machtwechsel infolge der zweiten kirgisischen Revolution im Frühjahr 2010 und die gewaltvollen, offenbar organisierten Massenausschreitungen gegen die usbekische Minderheit im Juni 2010. Sie haben deutlich gemacht, dass es in 20 Jahren staatlicher Unabhängigkeit nicht gelungen ist, Kirgistan in einen modernen Nationalstaat zu verwandeln. Allerdings waren die Voraussetzungen dafür von Anfang an ungünstig. Erstens ist das Land geographisch und soziokulturell geteilt – in einen russifizierten Norden und einen überwiegend usbekisch geprägten Süden. Zweitens ist das Konzept eines kirgisischen Nationalstaats einseitig an Identitätskonstrukten des Titularvolks orientiert, was die Integration beeinträchtigt. Drittens verfügt das Land kaum über wirtschaftliche Ressourcen, und die, die es gibt, sind ungleich verteilt.

Vor allem die anti-usbekischen Pogrome haben gezeigt, wie fragil das Projekt eines kirgisischen Staates ist. Hier brachen sich tief sitzende Ressentiments gegen die usbekische Minderheit Bahn, die von einzelnen Akteuren gezielt angefacht und instrumentalisiert wurden. Zumindest deuten die Ereignisse in Osch und Dschalalabad darauf hin, dass nach der anfänglichen Gewalterruption strategisch vorgehende Akteure die Choreographie des Geschehens übernahmen. Über Identität und Motive dieser Akteure liegen kaum überprüfbare Informationen vor. Auch die internationale Kommission, die erst mit großer Verspätung im Oktober 2010 tätig wurde, konnte kein Licht in das Dunkel bringen, das den Gewaltausbruch nach wie vor umgibt.

Dies liegt nicht zuletzt am mangelnden Aufklärungswillen der kirgisischen Politik, die schon bald nach dem Ende der Ausschreitungen von der Frage nach der Verantwortung für die Pogrome abzulenken versuchte. Spekulationen über obskure »dritte Kräfte«, die angeblich die Übergriffe verschuldet haben – wahlweise islamistische Extremisten, ausländische Söldner oder Kriminelle –, kommen den neuen kirgisischen Machthabern dabei durchaus entgegen. Auf diese Weise lässt sich nämlich die staatliche Neukonsolidierung vorantreiben, ohne dass Ursachen und Hintergründe der Gewalt geklärt werden müssen. Man fürchtet, dass

eine Debatte darüber die beschworene Rückkehr zur »Normalität« behindern und die prekäre Stabilität im Süden gefährden würde.

Diese Befürchtungen sind nicht unbegründet, ist doch die provisorische Regierung, die nach dem Umsturz im April 2010 die Macht übernahm, für die Eskalation mitverantwortlich. Ihre zögerliche Haltung ist daher Teil eines rationalen Kalküls: Um das staatliche Gewaltmonopol zu festigen, müssen die neuen Machthaber einflussreiche Veto-Spieler einbinden. Deren Interessen liefe eine Untersuchung der Ereignisse nach rechtsstaatlichen Prinzipien jedoch zuwider. Sie wurde darum bis heute verhindert. Die Regierung wird auch weiterhin versuchen müssen, Opponenten unterschiedlicher Couleur, unter ihnen Anhänger des ehemaligen Präsidenten, für das neue Staatsbildungsprojekt zu gewinnen.

Es liegt auf der Hand, dass das Kalkül der kirgisischen Machthaber zu Lasten der Geschädigten geht. Im öffentlichen Diskurs, der von kirgisischsprachigen Medien beherrscht wird, gilt es als ausgemacht, dass die Gewalt von den Usbeken ausging. Daher seien sie selbst für die an ihnen verübten Gräueltaten verantwortlich. In der Öffentlichkeit, aber auch seitens der kirgisischen Behörden sind die Usbeken anhaltenden Schikanen ausgesetzt. Entschädigung für die erlittenen materiellen Verluste haben sie bisher kaum erhalten, und aus Angst vor Repressalien verzichteten die meisten von ihnen darauf, ihre Rechte einzuklagen. Wer es sich leisten kann, versucht das Land zu verlassen. Hingegen werden jene Kirgisen in ihrer Haltung nachträglich bestärkt, die an den Pogromen beteiligt waren oder deren Folgen – den Ausschluss der Usbeken aus dem öffentlichen Leben – insgeheim gutheißen.

Der Umgang der Regierung mit den anti-usbekischen Pogromen hat nationalistischen Ressentiments Auftrieb gegeben, die derzeit vor allem in Südkirgistan Platz greifen und die Verdrängung der Usbeken aus dem kirgisischen Staatsbildungsprojekt begünstigen. Die usbekische Minderheit wird zwar geduldet, kann es aber kaum wagen, ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen, da sie mit Repressalien rechnen muss. Ein Kurswechsel steht jedoch nicht zu erwarten. Seit den Parlamentswahlen vom 10. Oktober 2010 geht es für die Politik in Kirgistan vor allem um die Konsolidierung des neuen Kabinetts, die Vorbereitung der für Herbst 2011 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen und die Herstellung von Regierungsfähigkeit. Die Aufarbeitung der interethnischen Spannungen dagegen wird vernachlässigt.

Dies könnte sich allerdings als Fehler erweisen. Denn für die Protagonisten der Ausschreitungen im Juni 2010 kommt die nachsichtige Haltung der Staatsführung einer Absolution gleich, die es erlaubt, Gewalt als realistische und de facto auch legitime Politikoption zu behandeln. Die Gefahr, dass es zu erneuten Übergriffen auf die usbekische Minderheit kommt, hängt als Damoklesschwert über der »dritten kirgisischen Republik« – einer neuen politischen Phase, die Kirgistan nach den Amtszeiten der Autokraten Akajew und Bakijew nun einen schwierigen Aufbruch in ein demokratisches Zeitalter zu versprechen scheint. Der Neubeginn birgt auch Risiken für die Regierung in Bischkek selbst, deren Macht vor allem im Süden des Landes an Grenzen stößt. Die Ereignisse vom Juni 2010 lassen jedenfalls vermuten, dass das staatliche Gewaltmonopol von Akteuren kontrolliert wird, die nicht davor zurückscheuen, es für Partikularinteressen zu missbrauchen und die Regierung in Bischkek unter Druck zu setzen.

Die Krise in Kirgistan ist nicht nur Ausdruck von Staatsversagen, sondern bezeugt auch das Scheitern der westlichen Interventionsversuche beim *state building*. In den 20 Jahren seiner staatlichen Unabhängigkeit bildete das kleine, ressourcenarme Land ein exemplarisches Projektions- und Experimentierfeld westlicher Außenpolitik. Hatte diese in den 1990er Jahren vor allem den Export von Demokratie und Marktwirtschaft im Sinn, rückten nach Beginn der Nato-Operation in Afghanistan mehr und mehr militärische und stabilitätspolitische Erwägungen in den Vordergrund. Dabei wurde verkannt oder gar billigend in Kauf genommen, wie sehr der Staat unter Akajew und erst recht unter Bakijew zur Beute privater, darunter auch krimineller Akteure verkam. Die Entmachtung Bakijews im April und die Pogrome im Juni 2010 trafen die westliche Politik unvorbereitet. Zwar hat die Europäische Union rasch auf die geänderten Machtverhältnisse reagiert, doch ist ungewiss, ob die versprochene Unterstützung der demokratischen Kräfte mittelfristig zu einem Politikwandel beitragen kann. Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, die Öffentlichkeit in Kirgistan zu verantwortungsvollem Umgang mit den neuen pluralen Verhältnissen zu befähigen.

Das Krisenjahr 2010

Der April-Putsch und die Folgen

Im April 2010 kam es zum zweiten Mal seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991 zu einem gewaltsam herbeigeführten Machtwechsel in Kirgistan. Dabei erteilte Präsident Kurmanbek Bakijew, der während der »Tulpenrevolution« im März 2005 an die Macht gelangt war, dasselbe Schicksal wie seinen Vorgänger Askar Akajew.¹

Die Revolution im Jahr 2005 war von einer breiten politischen Protestbewegung getragen, zu der sich NGOs und politische Parteien zusammengeschlossen hatten, die mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und mehr Transparenz angetreten waren. Innerhalb eines Monats gelang es, den damaligen Präsidenten zu entmachten. Der Umsturz im April 2010 dagegen ereignete sich binnen nur zweier Tage, ohne dass sich vorher eine vergleichbare Interessenkonvergenz herausgebildet hätte. Er verursachte ein politisches Vakuum und brachte ein loses Oppositionsbündnis an die Spitze, das zerstritten und der sich anbahnenden Krise nicht gewachsen war.² Im Vergleich zu den Protesten von 2005 hielten sich im April 2010 die revoltierenden Akteure mit inhaltlichen Forderungen und politischen Debatten eher zurück. Stattdessen überwog der Zorn auf das Bakijew-Regime. Obwohl sich die ökonomischen und politischen Missstände ähnelten, die den sozialen Protest genährt hatten, unterscheiden sich beide Revolutionen erheblich, was die ihnen zugrunde liegende Dynamik der Massenmobilisierung betrifft.³

Bakijews autoritäre Amtsführung, sein immer repressiverer Umgang mit Gegnern und Kritikern, die

ungenierte Vetternwirtschaft bei der Personalpolitik sowie Energiepreissteigerungen hatten oppositionelle Gruppen auf den Plan gerufen. Im März und April 2010 riefen sie anlässlich des Jahrestages der »Tulpenrevolution« zu Demonstrationen auf.⁴ Die harsche Reaktion der Behörden, die postwendend einige Oppositionspolitiker verhaften ließen, setzte eine Gewaltspirale in Gang. Sie eskalierte am 7. April, als an den staatlichen Sicherheitsdienst,⁵ geleitet von Bakijews Bruder Schanysch, Befehl erging, auf die Demonstranten zu schießen, die sich auf dem zentralen Platz der Hauptstadt zu Protestkundgebungen versammelt hatten. 85 Menschen kamen bei den Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften zu Tode.⁶ Die meisten Opfer wurden gleichsam exekutiert: durch gezielte Kopf- und Genickschüsse, abgegeben von Scharfschützen, die auf dem Dach eines Regierungsgebäudes postiert waren und ebenfalls unter Schanysch Bakijews Kommando standen.⁷

Das politische Ende des Präsidenten war damit besiegelt: Er konnte sich in Bischkek nicht mehr halten und floh bereits am 8. April, zunächst in sein Heimatdorf im Süden des Landes, dann ins benachbarte Kasachstan und schließlich am 15. April nach Weißrussland, dessen Präsident dem kirgisischen Bruder im Geiste Asyl gewährte.

Nach Bakijews Sturz übernahm eine provisorische Regierung die Geschäfte. Sie setzte sich aus Führungsmitgliedern der Oppositionsbewegung zusammen und wurde von der Diplomatin Rosa Otunbajewa geleitet.

1 Vgl. International Crisis Group (ICG), *Kyrgyzstan: After the Revolution*, Bischkek/Brüssel, 4.5.2005 (ICG Asia Report Nr. 97), <www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/kyrgyzstan/097-kyrgyzstan-after-the-revolution.aspx>.

2 Vgl. Alexander Wolters, »Auf der Suche nach der Tulpenrevolution. Kirgistan im Herbst 2008«, in: *Zentralasien-Analysen*, (28.11.2008) 11, S. 2ff, <<http://www.laender-analysen.de/centralasien/pdf/ZentralasienAnalysen11.pdf>>.

3 Vgl. Azamat Temirkulov, »Kyrgyz »Revolutions« in 2005 and 2010: Comparative Analysis of Mass Mobilization«, in: *Nationalities Papers*, 38 (2010) 5, S. 589–600; Daniyar Karimov, »Does Kyrgyzstan Have a Plan How to Cease Revolutions?«, *24.kg News Agency*, 9.9.2010.

4 Vgl. »Kyrgyzstan: Bakiyev Confronts Political Crisis«, *EurasiaNet*, 5.4.2010, <www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav040610.shtml>.

5 Gosudarstvennaja Služba Nacional'noj Bezopasnosti (GSNB) [Staatlicher Dienst für nationale Sicherheit].

6 Vgl. Human Rights Watch, *Recommendations to the Interim Government of Kyrgyzstan on the Establishment and Conduct of an Investigation into the Events of April 6–7*, 15.4.2010, <www.hrw.org/en/news/2010/04/15/recommendations-interim-government-kyrgyzstan>; ICG, *Kyrgyzstan: A Hollow Regime Collapses*, Bischkek/Brüssel, 27.4.2010 (ICG Asia Briefing Nr. 102), <www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/kyrgyzstan/B102-kyrgyzstan-a-hollow-regime-collapses.aspx>.

7 Vgl. Erica Marat, »Bakiyev, the Security Structures, and the April 7 Violence in Kyrgyzstan«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 28.4.2010.

Diese hatte im April 2005 gemeinsam mit Bakijew und anderen Oppositionellen am Sturz Akajews mitgewirkt, sich aber im Zuge der Machtkonsolidierung Bakijews mit diesem überworfen. Als Übergangspräsidentin stand Otunbajewa vor einer dreifachen Herausforderung. Erstens galt es, innerhalb der Interimsregierung einen Konsens über das weitere Vorgehen zu erzielen. Zweitens war der Regimewechsel formal nicht abgesichert, da die Macht in einem Staatsstreich erobert worden war. Um den Wechsel nachträglich zu legitimieren, sollte ein landesweites Referendum über eine neue Verfassung vorbereitet werden, die den Weg zu einer parlamentarischen Demokratie weisen sollte. Die Abhaltung einer Volksabstimmung setzte aber, drittens, voraus, dass es der politischen Elite in Bischkek, einem strategischen Bündnis von Politikern, Geschäftsleuten und Intellektuellen mit sowjetischer Sozialisation,⁸ gelingen würde, sich nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den Provinzen Autorität zu verschaffen, das Machtvakuum zu füllen, das durch die Vertreibung Bakijews entstanden war, und schließlich Regierungsfähigkeit zu erlangen. Letzteres erwies sich als größte Hürde beim Übergang in die dritte Republik.

Nach dem Gewaltausbruch vom 7. April kam es in verschiedenen Landesteilen immer wieder zu Übergriffen kirgisischer Banden auf Angehörige unterschiedlicher nationaler Minderheiten, aber auch auf kirgisische Migranten aus dem Süden.⁹ Vor allem jedoch zeigte sich, dass die provisorische Regierung in den südlichen Landesteilen nur wenig Rückhalt genoss. Bakijew und die Seinen hatten diese Region, durch die eine der Haupttransitrouten für den Drogenschmuggel aus Afghanistan verläuft,¹⁰ wirtschaftlich und politisch unter ihre Kontrolle gebracht und ein gut funktionierendes Patronagesystem etabliert, das auch die organisierte Kriminalität einschloss.¹¹

⁸ Vgl. »Who Is Who in the Interim Kyrgyz Government«, in: *The Times of Central Asia*, (13.4.2010) 14; Johan Engvall, »Kyrgyzstan's Revolt: Prospects for Stability in a Failing State«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 14.4.2010.

⁹ Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« *Interethnic Violence in Southern Kyrgyzstan and its Aftermath*, August 2010, S. 19ff, <www.hrw.org/en/reports/2010/08/16/where-justice>; ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan*, Bischkek/Brüssel, 23.8.2010 (ICG Asia Report Nr. 193), <www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/kyrgyzstan/193-the-pogroms-in-kyrgyzstan.aspx>.

¹⁰ Vgl. United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), *World Drug Report 2010*, New York 2010, <www.unodc.org/documents/wdr/WDR_2010/World_Drug_Report_2010_lo-res.pdf>.

¹¹ Vgl. Elmira Nogoibajewa, »Eine neue Wegekreuzung – Kyrgysstan im April 2010«, in: *Wostok*, (2010) 2, S. 16f; ICG,

Dieses System drohte nun aus dem Gleichgewicht zu geraten, was im Vorfeld der Juni-Pogrome erheblich zu politischen und ethnischen Spannungen im Süden des Landes beitrug.¹²

Bereits in der Woche vor Bakijews Flucht ins Exil wurden die südkirgisischen Städte Osch und Dschalalabad Schauplätze von Gewalt, auf denen sich Anhänger Bakijews und Unterstützer der Interimsregierung gegenüberstanden. Parallel zu dieser innerkirgisischen Konfrontation um politische Macht wuchs vor Juni 2010 die Feindseligkeit zwischen Usbeken und Kirgisen. Auslöser scheinen unter anderem Kämpfe zwischen kriminellen Banden gewesen zu sein.

Nach Bakijews Flucht ins Ausland bildete sich ein »Komitee zum Schutz Präsident Bakijews«, dessen Aktionen wahrscheinlich von zwei Brüdern des gestürzten Präsidenten, Akmat und Schanysch Bakijew, koordiniert wurden.¹³ Es verlangte die Teilung des Landes in einen »Nordkirgisischen« und einen »Südkirgisischen Demokratischen Staat«. Die beiden neuen Staaten sollten autonom sein, aber Währung, Außengrenzen und Armee gemeinsam haben. Eine »Volksfront gegen die Interimsregierung« verbreitete Propagandamaterial. Darin wurde das Militär für das Blutvergießen im April verantwortlich gemacht, die Rückkehr Bakijews und der von ihm eingesetzten regionalen Gouverneure gefordert und für eine Sezession des Südens geworben.¹⁴ Versuche der Übergangsregierung, dagegen vorzugehen, wurden mit Protestaktionen beantwortet. Fast täglich gerieten Parteigänger Bakijews und Anhänger der provisorischen Regierung aneinander. Dieser gelang es nicht, sich gegen ihre Kontrahenten durchzusetzen und politische Schlüsselpositionen in den Gebietszentren des Südens mit Personal aus den eigenen Reihen zu besetzen. Mit ihrer Gegenreaktion zwangen die Bakijew-Getreuen die »zweite kirgisische Revolution« in eine gefährliche Pattsituation und versetzten besonders den Süden in anhaltende Krisenstimmung.

Kyrgyzstan: After the Revolution [wie Fn. 1], S. 6.

¹² Vgl. dazu Alisher Khamidov, »Provisional Government Grappling with Simmering Ethnic Tension in Kyrgyzstan«, *ReliefWeb*, 25.5.2010, <<http://reliefweb.int/node/355990>>; »Organized Crime Helps Stoke Instability in Kyrgyzstan's Southern Provinces«, *EurasiaNet*, 17.5.2010, <www.eurasia.net.org/print/61078>.

¹³ Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 7f.

¹⁴ Vgl. Joldosh Osmonov, »Former President's Supporters Call For Kyrgyzstan's Partition«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 13.5.2010.

Ethnische Spannungen und die Juni-Pogrome

Die Entwicklung begann sich zuzuspitzen, als Vertreter der im Süden starken usbekischen Gemeinde sich Mitte April in den Konflikt einschalteten und auf die Seite der Interimsregierung stellten. Als deren wichtigster Verbündeter erwies sich der ehemalige Parlamentsabgeordnete Kadyrschan Batyrow, ein prominenter usbekischer Lokalpolitiker und Geschäftsmann, der bei den Usbeken von Osch und Dschalalabad populär war und dessen Partei *Rodina* (Heimat) von Bakijew politisch kaltgestellt worden war.¹⁵ Um die Protestaktionen von Bakijew-Anhängern zu kontern, organisierte Batyrow Kundgebungen, bei denen er den Sicherheitskräften Untätigkeit sowie Kollaboration mit Bakijews Gefolgschaft vorwarf und die usbekische Gemeinde öffentlich dazu aufrief, die Übergangsregierung zu unterstützen. Dies war nicht nur symbolisch gemeint. So gelang es den Vertretern der Interimsregierung in mehreren Fällen nur mit Hilfe der von Batyrow mobilisierten Usbeken, die Besetzung von Verwaltungsgebäuden durch Bakijew-Anhänger zu verhindern und die Lage wenigstens zeitweise unter Kontrolle zu bringen. Gleichzeitig nutzte Batyrow die veränderte politische Konstellation, um mehr politische Rechte für die usbekische Minderheit zu fordern.¹⁶ Der Kampf um die Macht in Kirgistan gewann damit eine ethnische Dimension.

In der Folge kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen kirgisischen Gefolgsleuten Bakijews und Angehörigen der usbekischen Minderheit. Die örtlichen Sicherheitskräfte, deren Loyalität gegenüber der Interimsregierung mindestens bezweifelt werden muss,¹⁷ verhielten sich weitgehend passiv. Als am 16. Mai mehrere Anwesen der Familie Bakijew niedergebrannt wurden, wurde Batyrow dafür verantwortlich gemacht. Am 19. Mai versammelten sich mehrere tausend Kirgisen im Hippodrom von Dschalalabad, verlangten Batyrows Verhaftung und lieferten sich Schlägereien mit Usbeken. Gerüchte

über Gräueltaten auf beiden Seiten machten die Runde und riefen weitere Kämpfer auf den Plan, so dass die Zufahrtsstraßen zum Schauplatz der Ausschreitungen von Sondereinheiten der Armee blockiert werden mussten.¹⁸ Noch am selben Abend wurde über Osch und Dschalalabad der Ausnahmezustand verhängt. Die Lage beruhigte sich aber nur kurz. Binnen kurzem brachen die Feindseligkeiten erneut und umso heftiger aus.

Ausgelöst wurden sie wohl durch eine außer Kontrolle geratene Schlägerei zwischen kirgisischen und usbekischen Jugendbanden in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni in einem Kasino in Osch.¹⁹ Unter dem Zustrom gewaltbereiter Anhänger auf beiden Seiten weitete sich die Prügelei schnell auf die umliegenden Straßen aus und eskalierte in einen bewaffneten Konflikt, der in den folgenden Tagen unter den Augen einer sichtlich handlungsunfähigen und überforderten Übergangsregierung von Osch aus auf Dschalalabad und weitere Zentren Südkirgistans übergriff. Erst nach fünf Tagen flaute die Gewalt langsam ab.

Unabhängige Berichte zeichnen ein Bild außerordentlicher Brutalität, geprägt von gezielten Übergriffen gegen unbewaffnete Zivilisten, Massenvergewaltigungen, Folter und Entführungen.²⁰ Am Ende der Unruhen wurde inoffiziell von bis zu 2000 Todesopfern und mehreren tausend Verletzten gesprochen, die Mehrzahl von ihnen in den Städten Osch, Dschalalabad und Bazar Kurgan.²¹ Obwohl die Behörden Angaben über die ethnische Zugehörigkeit der Toten auch Monate nach den Vorfällen geheim hielten und es Opfer auf beiden Seiten gab, steht fest, dass die usbekische Gemeinschaft ungleich stärker unter den pogromartigen Gewalttaten zu leiden hatte, die auch

¹⁵ Biographische Angaben zu Batyrow in: *Kto est' kto?* [Wer ist wer?], <<http://who.ca-news.org/people/462>>.

¹⁶ Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9], S. 20f; ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 8ff; Bruce Pannier, »Fugitive Uzbek Community Leader Tells His Story of the Unrest«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 5.10.2010, <www.rferl.org/articleprintview/2177428.html>.

¹⁷ Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9], S. 19; ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 5 und passim; siehe auch unten, Abschnitt »Unkontrollierte Machtverschiebungen«.

¹⁸ Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9], S. 22f; ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 9f.

¹⁹ Vgl. Bruce Pannier, »Kyrgyzstan: Anatomy of a Conflict«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 2.7.2010, <www.rferl.org/content/Kyrgyzstan_Anatomy_Of_A_Conflict/2089464.html>, sowie für die Rekonstruktion der Gewaltereignisse ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], und Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9].

²⁰ Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9]; Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9]; Kyrgyzstan Inquiry Commission, *Report of the Independent International Commission of Inquiry into the Events in Southern Kyrgyzstan in June 2010*, <www.k-ic.org/images/stories/kic_report_english_final.pdf>.

²¹ Diese Zahlen, die Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa in einem Fernsehinterview nannte, wurden allerdings später nicht mehr bestätigt. Die offizielle Zählung der Toten wurde im August bei 393 abgebrochen. Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 18.

nach dem Ende der schlimmsten Auswüchse gelegentlich vorkamen.²² Satellitenaufnahmen belegen, dass ganze usbekische Wohnviertel gezielt verwüstet wurden.²³

In den betroffenen Gegenden verursachten die Juni-Unruhen eine Flüchtlingswelle. Bis zu 400 000 Usbeken, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, verließen überstürzt ihre Wohnorte, um im Inland oder im benachbarten Usbekistan Zuflucht zu suchen. Viele Männer blieben zurück, um ihre Häuser vor Zerstörung und Plünderung zu schützen.²⁴ Zu Beginn der Ausschreitungen gewährte die usbekische Regierung den Flüchtlingen noch freien Zutritt und erntete für ihre prompte Reaktion das Lob der internationalen Gemeinschaft.²⁵ Allerdings schloss Usbekistan die Grenzen nach kurzer Zeit, da der massive Zustrom die Aufnahmekapazitäten des Landes zu überfordern drohte. 75 000 Menschen hatten zunächst eine Bleibe in eilig von der usbekischen Regierung errichteten Lagern gefunden. Allerdings wurden die Flüchtlinge vor dem Verfassungsreferendum vom 27. Juni nach Kirgistan zurückgeschickt, um ihre Teilnahme an den Wahlen sicherzustellen, die Kirgistans Verwandlung in eine parlamentarische Republik besiegeln sollten.²⁶

Hauptakteure der Gewalt im Juni waren kirgisische Jugendbanden, die zusammen mit kirgisischen Polizisten und Soldaten sowie Kriminellen usbekische Wohnviertel attackierten.²⁷ Wiederholt wurden auto-

matische Waffen aus Polizei- und Militärarsenalen an Zivilisten ausgehändigt, die sich an den Pogromen beteiligten. In mehreren Fällen wurden die Angreifer von gepanzerten Fahrzeugen der kirgisischen Armee unterstützt, die eingesetzt wurden, um die von Usbeken errichteten Straßensperren zu durchbrechen. Den Unruhestiftern stand eine usbekische Bevölkerung gegenüber, die provisorische Barrikaden errichtete und zu Beginn meist nur mit Steinen und Schlagstöcken bewaffnet war.²⁸ Berichten zufolge waren die Aggressoren gut ausgestattet und konnten sich während der Ausschreitungen in der Stadt frei bewegen. Sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Übergangsregierung bestritten anfänglich, dass »Uniformierte« in die Pogrome verwickelt waren. Dies ist jedoch durch mehrere Quellen belegt.²⁹

Krisenbewältigung und Rechtfertigungsdiskurse

Unmittelbar nach dem Abflauen der Kämpfe entbrannte eine Debatte darüber, was oder wer den Gewaltausbruch verursacht und welche der beiden Volksgruppen mehr darunter zu leiden gehabt habe. Dieser Zwist vertiefte die Gräben zwischen den Ethnien. Die im öffentlichen Diskurs und in den kirgisischen Massenmedien dominierenden Versionen über Hergang und Hintergründe der Ereignisse weisen sämtlich dieselbe Tendenz auf. Sie spielen das Ausmaß und die anti-usbekische Stoßrichtung der Exzesse herunter. Darüber hinaus verweisen sie auf »dritte Kräfte«, die die Gewalt angezettelt hätten, oder stilisieren die überwiegend usbekischen Opfer zu Sündenböcken, die selbst schuld seien, dass ihnen Gewalt angetan wurde.

Ein Ende Juni vom staatlichen Sicherheitsdienst veröffentlichter Bericht kann als Beispiel für dieses Muster dienen. Nach dieser Lesart³⁰ habe der ehema-

²² Dies behinderte die humanitären Hilfsaktionen der internationalen Gemeinschaft erheblich; vgl. »Kyrgyzstan: New Attacks against Uzbeks«, in: *Human Rights Watch*, 17.6.2010, <www.hrw.org/de/news/2010/06/17/kyrgyzstan-new-attacks-against-uzbeks>.

²³ Vgl. »Damage Analysis Summary for the Affected Cities of Osh, Jalal-Abad and Bazar-Kurgan, Kyrgyzstan«, Genf: UNITAR'S Operational Satellite Applications Programme (UNOSAT), 9.7.2010, <<http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/BFE478B60ABCA091C12577620032564B-Map.pdf>>.

²⁴ Die Wohnhäuser waren – wohl von den Plünderern und vor allem in den gemischten Wohngebieten – gekennzeichnet worden, so dass auf Anhieb deutlich wurde, ob es sich um usbekisches oder kirgisisches Eigentum handelte; vgl. Sonja Zekri, »Hilferufe verhallen im Himmel«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.6.2010, S. 8.

²⁵ Vgl. »Ban Welcomes Uzbekistan's Efforts to Assist Civilians Fleeing Kyrgyz Unrest«, *AKIpress*, 18.6.2010; Matt Siegel, »Uzbekistan Scrambles to Sustain Refugee Aid«, *Agence France-Presse*, 18.6.2010.

²⁶ Vgl. Olga Dzyubenko/Robin Paxton, »Q+A – Kyrgyz Referendum: A New Mandate or Doomed to Fail?«, *Reuters*, 18.6.2010.

²⁷ Vgl. Clifford J. Levy, »Army's Hand Suspected in Kyrgyzstan«, in: *The New York Times*, 16.6.2010, <www.nytimes.com/2010/06/17/world/asia/17kyrgyz.html>; ICG, *The Pogroms in*

Kyrgyzstan [wie Fn. 9], S. 11–17.

²⁸ Vgl. »Kyrgyzstan: New Evidence Emerges on Brutality of Attacks«, in: *Human Rights Watch*, 25.6.2010, <www.hrw.org/en/news/2010/06/25/kyrgyzstan-new-evidence-emerges-brutality-attacks>.

²⁹ Die Rekonstruktion dieser Dynamiken folgt der Darstellung in ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 11–13.

³⁰ Vgl. »GSNB nazvala sily, stojaščie za massovymi stolknovenijami na juge Kyrgyzstana« [Der staatliche Sicherheitsdienst nennt die Kräfte hinter den Massenausschreitungen in Südkirgistan], *AKIpress*, 24.6.2010, <<http://kg.akipress.org/print:229801/>>. Für den Wahrheitsgehalt dieser Version fehlt es bis dato an Belegen; vgl. im Einzelnen ICG, *The Pogroms in*

lige Präsident Bakijew aus dem weißrussischen Exil seine Brüder Akmat und Schanysch beauftragt, durch gezielte Provokationen Pogromstimmung in Südkirgistan heraufzubeschwören, Chaos zu verbreiten und damit das geplante Referendum zu sabotieren. Akmat und Schanysch Bakijew sollen zusammen mit militanten Islamisten die Pogrome vorbereitet und zu diesem Zweck Söldner angeheuert haben. Der Hinweis auf die islamistische Bedrohung, der ein typisches zentralasiatisches Gefahrenklischee bemüht, wurde von sensationshungrigen Medien rasch verbreitet.³¹

Das konservative islamische Milieu in Südkirgistan dagegen hielt sich zurück und rief zur Besinnung und Versöhnung der zwei »muslimischen Brüdervölker« auf.³² Extremistische Gruppierungen wie Hizb ut-Tahrir und die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) äußerten sich, soweit bekannt, überhaupt nicht zu den Vorfällen. Trotzdem hielten die staatlichen Diskurswächter an der Behauptung fest, dass die usbekische Gemeinde Islamisten Unterschlupf gewährt habe. Sie stehe seit jeher fundamentalistischen (»wahhabitischen«) Ideologien nahe und versuche die kirgisische Gesellschaft ideologisch zu unterwandern. Zudem gefährde sie durch ihre Autonomiebestrebungen die Einheit des kirgisischen Staates.

Derartige Feindbilder kannte man aus Kirgistan bisher nicht. Sie dürften aber eher dem Wunsch nach Verdrängung entspringen als einer gezielten politischen oder ideologischen Strategie. Weil es schwierig ist, die Ereignisse seriös aufzuklären, werden Stereotypen bedient, um offiziellen Verlautbarungen den Anschein der Plausibilität zu verleihen. Ein solches Vorgehen widerspricht freilich den Anforderungen der neuen demokratischen Verfassung und zeigt, wie groß die Kluft zwischen den parlamentarischen Idealen des Verfassungsentwurfs und der politischen Realität ist. Dies erschwert den Übergang zum Parlamentarismus, denn die Verfassung kann nur so stark sein wie die Institutionen, die sie verteidigen, und nur so viel Legitimität besitzen, wie ihr vom Volk zugesprochen wird.

Kyrgyzstan [wie Fn. 9], S. 15, 23.

31 Vgl. »UN warnen vor Islamismus als Folge der Kämpfe in Kirgistan«, *Reuters*, 17.6.2010; Vicken Cheterian, »Kyrgyzstan Failing, and an Arc of Crisis«, *OpenDemocracy*, 15.6.2010, <www.opendemocracy.net/print/54720>.

32 Vgl. Marcus Bensmann, »Eine explosive Mischung im Süden Kirgistans. Verschärfte Gegensätze zwischen der kirgisischen und der usbekischen Volksgruppe«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 2.7.2010, S. 6.

Die einseitigen offiziellen wie inoffiziellen Rechtfertigungsdiskurse zugunsten der ethnischen Kirgisen stehen nicht nur einer umfassenden Aufklärung der Ereignisse im Wege, sondern verfestigen auch die soziale Entfremdung der usbekischen Minderheit.³³ Die ethnische Parteilichkeit prägt den Umgang mit den Folgen der Gewalt und verhindert eine angemessene symbolische und materielle Entschädigung für die Opfer. Usbeken, die es sich leisten konnten, verließen nach den Juni-Ereignissen das Land.³⁴ Die Hoffnung, dass die staatlichen Autoritäten den im Land Gebliebenen Gerechtigkeit widerfahren lassen würden, war von Anfang an gering, denn dies war politisch offensichtlich ebenso wenig gewollt wie die von der internationalen Gemeinschaft geforderte rückhaltlose Aufklärung der Gewaltereignisse durch eine unabhängige Untersuchungskommission.³⁵ Vielmehr wird das offizielle Narrativ über Ursachen, Opfer und Schuld im innerkirgisischen Diskurs mit einer Beschwichtigungsrhetorik gekoppelt, mit der Usbeken und Kirgisen gleichermaßen zu Opfern sogenannter dritter Kräfte erklärt werden.³⁶ Diese Haltung durchzieht auch den Bericht der staatlichen Untersuchungskommission zu den Juni-Vorfällen, der im Januar 2011 veröffentlicht wurde. Er enthält schlecht recherchierte Fakten und voreingenommene Schlussfolgerungen, die vom Sachverhalt ablenken und die Gewaltopfer in ihrem Misstrauen gegenüber der staatlichen Autorität bestärken.³⁷

Ein erstarkender nationaler Chauvinismus ist im gesamten postsowjetischen Raum zu beobachten.

33 Vgl. »Perceptions of Persecution May Increase Uzbeks' Desire for Revenge«, *EurasiaNet*, 30.6.2010, <www.eurasianet.org/print/61440>.

34 Vgl. Michael Schwartz, »At Home as an Exile in Moscow«, in: *The New York Times*, 23.10.2010, <www.nytimes.com/2010/10/24/weekinreview/24schwartz.html>.

35 Vgl. Kyrgyzstan Inquiry Commission, *Report* [wie Fn. 20].

36 Diese These hat zudem den Vorteil, dass sie die Beziehungen zu den autokratischen Nachbarländern, allen voran Usbekistan, nicht zusätzlich belastet; vgl. »Uzbekistan's Karimov Treads Cautiously in Response to Southern Kyrgyzstan Violence«, *EurasiaNet*, 17.6.2010, <www.eurasianet.org/print/61333>.

37 Vgl. »Spravka nezavisimoy komissii Ombudsmena (Akyjkatčy) Kyrgyzskoj Respubliki po izučeniju tragičeskich ijuňskich sobytij 2010 goda, proizošedšich v Ošskoj, Žalal-Abadskoj oblastjach i g. Oš« [Ermittlung der unabhängigen Kommission des Ombudsmannes der Kirgisischen Republik zur Aufklärung der tragischen Ereignisse in den Bezirken Osch und Dschalalabad sowie in der Stadt Osch im Jahr 2010], *FerghanaNews*, 13.1.2011, <<http://news.ferghananews.com/archive/2011/akuna.html>>.

Lange Zeit kannte man chauvinistische Einstellungen vornehmlich aus Russland, vor allem als Xenophobie der Russen gegenüber kaukasischen und zentralasiatischen Arbeitsmigranten.³⁸ Seit den Pogromen entfaltet sich das nationalistische Ressentiment ungehemmt auch in Kirgistan. Viele Rechtsanwälte, Menschenrechtsaktivisten, Richter und andere, die usbekischen Opfern nach den Juni-Pogromen zu ihrem Recht verhelfen wollten, sahen sich Attacken aufgebrachter Kirgisen ausgesetzt.³⁹ Willkürliche Festnahmen und Verurteilungen⁴⁰ waren ebenso zu verzeichnen wie gezielte Vergeltungsaktionen der Sicherheitskräfte. Diese nahmen auch Menschenrechtsaktivisten ins Visier, die mit den Vorfällen nichts zu tun hatten.⁴¹

Die weitaus meisten der rund 3500 Strafprozesse, die seit dem 11. Juni 2010 von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurden, richteten sich gegen ethnische Usbeken.⁴² Gerichtssäle im Süden wurden immer wieder Schauplatz von Gewalt.⁴³ All dies zeugt nicht nur von der anhaltenden Brisanz des Konflikts. Es führt auch vor Augen, dass das kirgisische Justizwesen damit überfordert ist, einen fairen Ablauf der Gerichtsverhandlungen zu gewährleisten.⁴⁴ Auch die Polizei war während der Gewalthandlungen nicht imstande, Neutralität zu wahren. Die Folge ist eine eklatante Ungleichbehandlung von Kirgisen und Usbeken.

38 Vgl. dazu ICG, *Central Asia: Migrants and the Economic Crisis*, Bischkek/Brüssel, 5.1.2010 (ICG Asia Report Nr. 183), S. 11f.

39 Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9], passim; Natasha Yefimov, »Kyrgyzstan: Mayhem at Activist's Trial Highlights Lingering Interethnic Tension«, *EurasiaNet*, 9.9.2010, <<http://www.eurasianet.org/node/61893>>.

40 Vgl. »Kyrgyzstan: People Are Condemned for Unusual Call to Prayer and Call for Help«, *FerganaNews*, 30.9.2010, <<http://enews.fergananews.com/article.php?id=2665>>.

41 Vgl. »Kyrgyzstan: Human Rights Defender Azimshan Askarov Is Sentenced to Life Imprisonment«, *FerganaNews*, 16.9.2010, <<http://enews.fergananews.com/news.php?id=1852&mode=snews>>; Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9].

42 Vgl. Human Rights Watch, »Where Is the Justice?« [wie Fn. 9]; Kyrgyzstan Inquiry Commission, *Report* [wie Fn. 20].

43 Vgl. Joanna Lillis, »Kyrgyzstan: Osh Courthouse Clash Shows Emotions Still Raw among Kyrgyz, Uzbeks«, *EurasiaNet*, 14.10.2010, <www.eurasianet.org/node/62152>; Bruce Pan-nier, »Kyrgyz Courtroom Scenes Leave Justice in Jeopardy«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 22.10.2010, <www.rferl.org/content/Kyrgyz_Courtroom_Scenes_Leave_Justice_In_Jeopardy_/2198610.html>; »Kyrgyzstan: New Assault in Violence-Ridden Court Case«, in: *Kazakhstan Newslines*, (10.11.2010) 1149.

44 Vgl. Erica Marat, »No Justice Following Ethnic Violence in Kyrgyzstan«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (2.11.2010) 198.

Unkontrollierte Machtverschiebungen

Der Umgang der Behörden mit den Folgen der Gewalt deutet nicht nur auf chauvinistische Einstellungen innerhalb der politischen Elite Kirgistans hin. Hier offenbart sich auch das zentrale Dilemma der neuen Staatsführung: der Mangel an Unterstützung durch eine Reihe einflussreicher Akteure, vor allem im Süden. Dies betrifft sowohl die Sicherheitsorgane als auch lokale Politiker aus dem Dunstkreis ehemaliger Günstlinge Bakijews.

Unmittelbar nach der Machtübernahme am 7. April 2010 machte die provisorische Regierung die wichtigsten Maßnahmen rückgängig, die Bakijew auf seinem Weg zum Alleinherrscher umgesetzt hatte. Neben der Energiepolitik⁴⁵ betrafen sie vor allem den Sicherheitsapparat. In den letzten zwei Jahren seiner Herrschaft hatte Bakijew die maßgeblichen Funktionen mit Verwandten besetzt. Die Leitung des staatlichen Sicherheitsdienstes, der die Geheimpolizei und den Nachrichtendienst in sich vereinte, übertrug Bakijew seinem Bruder Schanysch. Dieser brachte sämtliche sicherheitsrelevanten Strukturen unter seine Kontrolle, einschließlich des Militärs. In Abkehr von der sowjetisch geprägten Tradition wurde es dem staatlichen Sicherheitsdienst unterstellt. Die Übergangsregierung erklärte diesen Schritt umgehend für nichtig und setzte den von Bakijew Anfang 2009 entlassenen Verteidigungsminister Ismail Isakow wieder ins Amt, um sich die Unterstützung der Streitkräfte zu sichern.⁴⁶

Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nur zum Teil, wie die Ereignisse im Süden zeigten (siehe Abschnitt »Ethnische Spannungen und die Juni-Pogrome«). Nachforschungen über den Hergang der Pogrome ergaben, dass Teile des Militärs, der Polizei und des Grenzschutzes in Osch und Dschalalabad mittel- und unmittelbar an den Gewalthandlungen beteiligt waren. Sie ließen die Marodeure nicht nur gewähren, sondern machten ihnen teilweise sogar den Weg frei; anstatt die Opfer zu schützen, gaben sie den Tätern Rückendeckung.

Zwei Faktoren dürften dafür verantwortlich sein. Zum einen galt die Loyalität der Sicherheitsorgane von Osch und Dschalalabad, die sich fast ausschließlich aus ethnischen Kirgisen rekrutierten,⁴⁷ nach wie

45 So wurde die Privatisierung der Wasserkraftwerke widerrufen. Sie hatte im Winter 2009/2010 zu jener abrupten Erhöhung der Energiepreise geführt, die die Massenproteste im April ausgelöst hatte.

46 Vgl. Erica Marat, »Bakiyev, the Security Structures, and the April 7 Violence in Kyrgyzstan« [wie Fn. 7].

47 Vgl. »Kyrgyzstan's South Awaits Further Eruptions«, in:

vor dem gestürzten Präsidenten. Sie waren Nutznießer seines Patronagesystems, das sich wesentlich auf den Drogenhandel stützte. Illegale Rauschmittel sind eine lukrative Ressource für diejenigen, die den Transit kontrollieren. Allem Anschein nach befand sich das kirgisische Drogengeschäft weitgehend in Händen der Bakijews. Wahrscheinlich hatten sich all jene, die unter Bakijew Karriere machten, auch mit der organisierten Kriminalität arrangiert und profitierten davon. Vor allem die Sicherheitsorgane dürften in großem Maßstab in die Logistik des Drogenhandels verwickelt sein.⁴⁸ Daher verwundert es nicht, dass Polizei und Armee in Osch und Dschalalabad den Regimewechsel und damit eine potentielle Machtverlagerung von Süd nach Nord ablehnten. Darum unterstützten sie die Interimsregierung nur widerwillig, als diese durch den Widerstand von Anhängern Bakijews in Bedrängnis geriet.

Dies allein erklärt jedoch nicht die Parteilichkeit der Sicherheitskräfte während der Pogrome. Ein zweites Moment muss hinzugekommen sein, das dem Widerstand gegen die provisorische Regierung eine anti-usbekische Stoßrichtung verlieh: das Eingreifen von Vertretern der usbekischen Minderheit, vor allem des Politikers Batyrow, zugunsten der neuen Machthaber, seine öffentliche Kritik an den Sicherheitsorganen und die Zerstörung von Besitztümern der Bakijew-Familie am 13. Mai, die ihm angelastet wurde.⁴⁹ Es scheint, als habe Batyrow damit eine kritische Grenze überschritten. Batyrows lokalen Geschäftspartner und Konkurrenten müssen seine offene Parteinahme für die provisorische Regierung als Anmaßung und Bedrohung aufgefasst haben⁵⁰ und machten nun gegen Batyrow und die Usbeken mobil. Die Interimsregierung, der die Unterstützung durch Batyrows *Rodina* anfänglich sehr gelegen kam, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie selbst zur Ethnisierung des politischen Streits beigetragen hat, indem sie Batyrow noch im Mai auf Druck der Straße fallen ließ – und ihn damit zum Sündenbock machte.

Die mangelnde politische Unterstützung der Übergangsregierung seitens wichtiger Spieler im Süden und die Verstrickung der kirgisischen Lokalpolitik in kriminelle Geschäfte haben die Pogrome ermöglicht

und die neuen Machthaber danach zu Kompromissen gezwungen, die den politischen Neuanfang in Kirgistan belasten. Ein Jahr nach den Pogromen ist offenkundig, dass die Politik im Süden von Akteuren bestimmt wird, die kein Interesse daran haben, Licht in das Dunkel zu bringen, das den Gewaltexzess im Juni nach wie vor umgibt. Spätestens seit den Parlamentswahlen im Oktober 2010 kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass Protagonisten dieser informellen Koalition aus Politikern, Geschäftsleuten und hochrangigen Sicherheitsoffizieren auch in Bischkek den Ton angeben.

Herausragendes Beispiel ist Melis Myrzakmatow. Der Geschäftsmann und ehemalige Parlamentsabgeordnete der von Bakijew im Jahr 2005 ins Leben gerufenen Partei Ak Zhol wurde Anfang 2009 zum Bürgermeister von Osch ernannt. Nach dem Sturz seines Gönners wandte er sich schnell von diesem ab, um mit der Übergangsregierung zu kooperieren und so seine Machtposition zu festigen. Während der Pogrome in Osch hatte er augenscheinlich die Befehlsgewalt über die Sicherheitsorgane, die ihm offenbar weiterhin Gefolgschaft leisten.⁵¹ Den Anspruch der Interimsregierung auf das staatliche Gewaltmonopol hat der Bürgermeister seither erfolgreich zurückgewiesen. Er bezeichnet sich selbst als »Nationalisten«, der die Interessen der Kirgisen von Osch vertrete und von Bischkek keine Befehle entgegennehme.⁵² Der einflussreiche Myrzakmatow ist parteipolitisch nicht festgelegt und verkörpert den Typus des dynamischen Populisten, der sich nicht scheut, seine Popularität als politisches Druckmittel einzusetzen. Wer auch immer im Süden politisch reüssieren will, wird am Bürgermeister von Osch nicht vorbeikommen.

Jane's Intelligence Weekly, 7.7.2010, S. 13.

⁴⁸ Vgl. »Criminal Gangs Reshuffle Amid Kyrgyz Unrest«, in: *Jane's Intelligence Weekly*, 28.7.2010, S. 13; ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 25.

⁴⁹ Siehe oben, Abschnitt »Ethnische Spannungen und die Juni-Pogrome«.

⁵⁰ Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 10.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 6, 16.

⁵² Vgl. »Direktivы pravitel'stva ne imejut na juche juridicheskoj sily« [Verordnungen der Regierung sind im Süden juristisch unwirksam], in: *Kommersant'*, 19.8.2010.

Herausforderungen für das kirgisische Staatsprojekt

Die innenpolitische Konstellation nach den Parlamentswahlen im Oktober 2010

Ungeachtet der anhaltend instabilen Lage im Süden ließ die provisorische Regierung am 27. Juni 2010 die geplante Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung⁵³ abhalten. Das Referendum sollte die Einführung der parlamentarischen Regierungsform in Kirgistan begründen und sah für den Herbst Parlamentswahlen vor. Die mit 90 Prozent unerwartet hohe Zustimmung und die Wahlbeteiligung von über 70 Prozent waren wohl vor allem ein »Votum für Ruhe und Ordnung«⁵⁴. Ein Vertrauensbeweis für die Übergangsregierung dagegen waren sie nicht, wie das Ergebnis der Parlamentswahlen am 10. Oktober eindrucksvoll demonstrierte.

Diese Wahlen sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Um den Missbrauch administrativer Ressourcen zu unterbinden, wurde die provisorische Regierung nach dem Referendum aufgelöst und durch ein »technisches Kabinett« ersetzt. Mit Ausnahme Otunbajewas, die als Übergangspräsidentin im Amt blieb und dem Kabinett vorstand, schieden sämtliche prominente Vertreter der einstigen Opposition gegen Bakijew aus der vorläufigen Regierung aus, um sich auf die Parlamentswahlen vorzubereiten. Gleichzeitig wurde das Wahlgesetz geändert: Künftig stehen keiner Partei mehr als 65 der 120 Parlamentssitze zu.⁵⁵ Damit soll verhindert werden, dass eine einzelne Partei erneut das Parlament dominiert und damit nach Belieben Einfluss auf die Verfassungsorgane nimmt, wie unter Akajew und Bakijew geschehen.

Was Vorbereitung und Abhaltung betrifft, entsprechen die Wahlen weitgehend den Standards des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie können als die ersten freien und fairen Wahlen in der Geschichte des post-

sowjetischen Zentralasien gelten.⁵⁶ Dies hat zwar das Ansehen der Übergangsregierung gehoben, das Wahlergebnis selbst aber bezeugt nur geringe Zustimmung zu ihren Zielen und Programmen. Ihre Ohnmacht angesichts der Gewaltereignisse im Juni dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass rund die Hälfte der Wähler für Parteien stimmte, die die neue Verfassung und damit die parlamentarische Regierungsform ablehnen, die Rückkehr zum Präsidialsystem befürworten und teilweise eine offen nationalistische Agenda vertreten.

Von den insgesamt 29 Parteien, die sich am 10. Oktober 2010 zur Wahl stellten, überwandern nur fünf die landesweite 5%-Hürde sowie die 0,5%-Hürde in den einzelnen Provinzen. Allerdings erreichte keine Partei eine klare Mehrheit. Diese fünf Parteien sind:⁵⁷

- ▶ *Ata-Zhurt* (»Heimat«) (8,47 Prozent).⁵⁸ Ihr Vorsitzender, Kamtschibek Taschijew, war Minister unter Präsident Bakijew und wird verdächtigt, an den Pogromen beteiligt gewesen zu sein. Die Partei warb mit nationalistischen und anti-westlichen Parolen um die Gunst der Wähler. Sie ist vor allem bei den Kirgisen im Süden des Landes populär und gilt als Sammelbecken ehemaliger Bakijew-Anhänger, zu denen auch altgediente Angehörige der Sicherheitsorgane zählen.⁵⁹ *Ata-Zhurt* vertritt eine

⁵⁶ Vgl. exemplarisch OSCE ODIHR/OSCE PA/European Parliament, *International Election Observation, Kyrgyz Republic, Parliamentary Elections, 10 October 2010, Statement of Preliminary Findings and Conclusions*, <<http://www.osce.org/odihr/72018>>; sowie Erica Marat, »Landmark Elections in Kyrgyzstan Produce Surprising Results«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (14.10.2010) 185.

⁵⁷ Zahlenangaben nach dem amtlichen Wahlergebnis vom 1.11.2010; vgl. Central'naja Komissija po vyboram i provedeniju referendumov Kyrgyzskoj Respubliki [Zentrale Kommission für die Durchführung von Wahlen und Referenden der Kirgisischen Republik], *Vybory deputatov Zhogorku Kenesha Kyrgyzskoj Respubliki* [Wahl der Abgeordneten für das Parlament der Kirgisischen Republik], <<http://cec.shailoo.gov.kg/i-election.asp?ElectionID=137&DistrictID=>>> (Zugriff 5.11.2010).

⁵⁸ Der prozentuale Anteil bezieht sich, anders als etwa in Europa üblich, auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten, nicht der abgegebenen Stimmen.

⁵⁹ Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 24.

⁵³ Vgl. Venice Commission, *Draft Constitution of the Kyrgyz Republic* (unofficial translation), Straßburg, 28.5.2010, <www.venice.coe.int/docs/2010/CDL%282010%29058-e.asp>.

⁵⁴ Vgl. Markus Ackeret, »Kirgistan hofft auf einen Neuanfang«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 29.6.2010, S. 3.

⁵⁵ Vgl. *Draft Constitution of the Kyrgyz Republic* [wie Fn. 53], Section IV, Chapter 1, Art. 70, §2.

- entschieden pro-russische Haltung und verlangt die Wiedereinrichtung des Präsidialsystems.⁶⁰
- ▶ *Sozialdemokratische Partei Kirgistans (SDPK)* (7,83 Prozent). Almasbek Atambajew ist Chef dieser Partei, der auch Rosa Otunbajewa nahe steht. Er hatte sich mit Bakijew überworfen, war an seinem Sturz beteiligt und fungierte danach zusammen mit Omurbek Tekebajew (siehe unten) als Otunbajewas Stellvertreter. Die SDPK hat ihre Anhänger vor allem im Norden, aber auch unter den Usbeken im Süden des Landes. Sie tritt für die parlamentarische Regierungsform und für eine enge Partnerschaft mit Russland ein und sucht sich ansonsten außenpolitisch alle Türen offen zu halten.⁶¹
 - ▶ *Ar-Namys* (»Würde«) (7,57 Prozent). Sie wurde 1999 von Feliks Kulow gegründet, dem neben Bakijew prominentesten Akteur der »Tulpenrevolution«. Nach der Wahl Bakijews zum Staatsoberhaupt im August 2005 wurde Kulow Premierminister, geriet aber mit dem Präsidenten über Kreuz und wechselte im Januar 2007 ins gegnerische Lager. Ähnlich wie die SDPK ist Ar-Namys überwiegend im Norden populär, aber auch bei den Usbeken und anderen Minderheiten, da sich die Partei im Wahlkampf für die ethnische Vielfalt in Kirgistan stark gemacht hatte. Kulow will die Beziehungen zu Russland ausbauen und lehnt den Parlamentarismus als für Kirgistan ungeeignete Regierungsform ab.⁶²
 - ▶ *Respublika* (»Republik«) (6,93 Prozent). Die Partei wurde erst im Sommer 2010 von dem Unternehmer Omurbek Babanow gegründet. Vor dem April-Putsch, den er aktiv unterstützte, war Babanow Vizepremier ohne Parteizugehörigkeit, hatte aber noch bei den Parlamentswahlen 2009 für die SDPK kandidiert. Er gilt als einer der reichsten Männer des Landes, unterhält enge Geschäftskontakte nach Russland und wirbt für eine strategische Allianz mit der Russischen Föderation. Darüber hinaus setzt er sich für eine Modernisierung der Wirtschaft und für »wechselseitig vorteilhafte« Beziehungen zum Westen ein.⁶³

- ▶ *Ata-Meken* (»Vaterland«) (5,49 Prozent). Diese sozialistische Partei ist eine der ältesten des Landes und war wiederholt im Parlament vertreten. Ihr gehören ehemalige führende Mitglieder der Übergangsregierung an. Parteichef ist Omurbek Tekebajew, unter dessen Federführung die neue Verfassung konzipiert wurde. Er war 2006 als Parlamentssprecher zurückgetreten, hatte den Aufstand gegen Bakijew im April 2010 mit initiiert und war (neben Almasbek Atambajew) Otunbajewas Stellvertreter. Ata-Meken vertritt eine pro-westliche Haltung und will ökonomische Reformen vorantreiben.⁶⁴

Tabelle
Sitzverteilung im kirgisischen Parlament

Partei	Anzahl Sitze	Anteil Sitze
Ata-Zhurt	28	23,3 %
SDPK	26	21,7 %
Ar-Namys	25	20,8 %
Respublika	23	19,2 %
Ata-Meken	18	15 %

Quelle: Central'naja Komissija po vyboram i provedeniju referendumov Kyrgyzskoj Respubliki [Zentrale Kommission für die Durchführung von Wahlen und Referenden der Kirgisischen Republik], *Vybory deputatov Zhogorku Kenesha Kyrgyzskoj Respubliki* [Wahl der Abgeordneten für das Parlament der Kirgisischen Republik], <<http://cec.shailoo.gov.kg/i-election.asp?ElectionID=137&DistrictID=>>>.

Diese fünf Parteien repräsentieren allerdings den Willen von lediglich 36,29 Prozent der Stimmberechtigten, von denen sich nur rund 55 Prozent an den Wahlen beteiligten. Mehr als die Hälfte der Wähler votierte also für Parteien, die den Einzug ins Parlament verfehlten. Einige dieser kleinen Parteien haben sich im Februar 2011 zu einer außerparlamentarischen Opposition zusammengeschlossen.⁶⁵

Die fünf Parteien, die im neuen Parlament vertreten sind, liegen bei der Zahl der Sitze nicht allzu weit

⁶⁰ Vgl. <http://www.kenesh.kg/Articles/569-Frakciya_Atazhurt.aspx>; siehe auch David Trilling/Natasha Yefimov, »Kyrgyzstan: Q&A with Ata-Jurt Leader Kamchybek Tashiev«, *EurasiaNet*, 13.10.2010, <www.eurasianet.org/node/62139>.

⁶¹ Vgl. <www.sdpk.kg>.

⁶² Vgl. <www.ar-namys.org>; »Ex-Kyrgyz Premier Minister Describes New Constitution as Time Bomb«, *BBC Monitoring Global Newsline, Central Asia Political File*, 30.6.2010.

⁶³ Vgl. <www.respublika.kg/ru>; »Kyrgyzstan's Ex-Top Official Sets Up Political Party«, *BBC Monitoring Global Newsline, Central*

Asia Political File, 30.6.2010.

⁶⁴ Vgl. <www.atameken.kg>.

⁶⁵ Vgl. »Obščënational'nyj kongress partij Kyrgyzstana sozdat tenevoj parlament i tenevoe pravitel'stvo« [Der nationale Kongress der Parteien Kirgistans berief ein Schattenparlament und eine Schattenregierung], *AKIpress*, 24.2.2011, <<http://kg.akipress.org/print:335381/>>; »Obščënational'nyj kongress predstavil sostav al'ternativnogo pravitel'stva« [Der nationale Kongress benannte die Mitglieder der Schattenregierung], *AKIpress*, 25.3.2011, <<http://kg.akipress.org/print:347011/>>.

auseinander. Daher war für eine regierungsfähige Koalition ein Bündnis aus mindestens drei Parteien nötig. Schließlich verständigten sich Ata-Zhurt, Respublika und SDPK auf eine Koalition, die zusammen 79 der 120 Abgeordneten stellt. Am 15. Dezember 2010 wurde Almasbek Atambajew (SDPK) mit 92 Stimmen zum Premierminister gewählt, sein Vize wurde Omurbek Babanow, Chef der Partei Respublika.⁶⁶ Die Koalitionsbildung allerdings verlief mühselig. SDPK und Ata-Meken stehen einander zwar inhaltlich am nächsten, konnten aber selbst im Verbund keine Mehrheit bilden. Dasselbe galt für das potentielle Bündnis zwischen Ata-Zhurt und Ar-Namys. Damit fiel der wirtschaftsliberalen und pro-russischen Respublika die Rolle des Königsmachers zu, denn Babanow hatte bereits unmittelbar nach den Wahlen Verhandlungsbereitschaft nach allen Seiten signalisiert und keine der möglichen Kombinationen ausgeschlossen. Es dürfte der Stabilität der Regierung wenig zuträglich sein, dass sich Babanow am Ende mit den Revolutionären der SDPK und der unter Nationalismusverdacht stehenden Ata-Zhurt zusammenschloss.

Zum einen gibt es zwischen den Regierungsparteien weiterhin erhebliche Differenzen, die die Entscheidungsfindung erschweren. Zum anderen hat das Wahlergebnis gezeigt, wie zersplittert die politische Landschaft Kirgistans ist. Statt sich auf ein politisches Zentrum zu konzentrieren, wie häufig in der Region zu beobachten, verteilt sich die Macht in Kirgistan nun auf mehrere Akteursgruppen, die den Anspruch erheben, Politik in Kirgistan zu gestalten, und dabei auf den Auftrag der Wähler verweisen können. Diese Pluralität in ein mehrheitsfähiges politisches Programm zu gießen ist eine enorme Herausforderung für die Koalitionsregierung.

Im Kampf um Deutungs- und Gestaltungsmacht, der seit den Wahlen die politische Debatte bestimmt, zeichnen sich deutlich drei Konfliktlinien ab. Sie betreffen erstens die Ausformung des Parlamentarismus, zweitens den außenpolitischen Kurs des Landes und drittens die latenten ethnopolitischen Konflikte. Mit dem Eintritt von Ata-Zhurt in die Regierungskoalition haben solche Akteure Auftrieb bekommen, die den Parlamentarismus kritisch sehen, die außenpolitische Orientierung an Russland forcieren, westliche Interessen mit Argwohn betrachten und westliche Akteure aus dem ethnopolitischen Konflikt im Süden

⁶⁶ Vgl. Richard Solash, »Kyrgyzstan Approves New Government«, *EurasiaNet*, 19.12.2010, <<http://www.eurasianet.org/node/62599>>.

heraushalten wollen.⁶⁷ Dort hat inzwischen die faktische Enteignung der Usbeken begonnen.⁶⁸ Eine Aufarbeitung der interethnischen Gewalt rückt damit in immer weitere Ferne. Vielmehr wird der Konflikt durch die Parteilichkeit der kirgisischen Justiz auf Dauer gestellt und damit gleichsam eingefroren.

Ethnonationalismus

Das Erstarken des (Ethno-)Nationalismus ist eine neue Erscheinung in der politischen Landschaft Kirgistans. Das Fundament wurde allerdings bereits unter Präsident Akajew gelegt, der mit der staatlichen Unabhängigkeit eine ideologische Neuausrichtung im Zeichen eines kirgisischen *nation building* betrieb. Um das Kirgisentum im multiethnischen postsowjetischen Sozialgefüge aufzuwerten, ließ er sich vom kriegerischen Heldenepos *Manas* inspirieren.⁶⁹ Ähnliche Bestrebungen gibt es in den übrigen Staaten Zentralasiens. Auch dort wird Geschichtsschreibung ideologisiert und es wird auf prägnante historische Symbolfiguren zurückgegriffen, um die Vorrangstellung der Titularnation gegenüber den nationalen Minderheiten zu rechtfertigen.⁷⁰

Dabei sind die heutigen, scheinbar durch historisches Erbe legitimierten ethnischen Kategorisierungen ein Produkt der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Die territoriale Neuordnung durch die Sowjetmacht hatte zur Folge, dass die damals noch weitgehend usbekische Stadt Osh, die anfänglich zur Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) gehörte, im Jahr 1936 Teil der kirgisischen SSR wurde. Die sowjetische Modernisierung führte dazu, dass viele Kirgisen, die traditionell in den Gebirgsregionen siedelten und zumeist Viehzüchter waren, in die Städte zogen. Doch bis zur Unabhängigkeit blieben

⁶⁷ Vgl. exemplarisch »Kyrgyz Party Candidate Vows to Seek Constitutional Changes in Parliament«, *BBC Monitoring Global Newslines, Central Asia Political File*, 14.10.2010; »Kamchibek Tashiev: We Orient to Russia and Openly Say We Are Pro-Russian Politicians«, *AKIpress*, 3.11.2010.

⁶⁸ Vgl. Viktor Bulavin, »U uezbekov v Kirgizii otnimajut zemlju« [Den Usbeken in Kirgisien nimmt man das Land weg], in: *Izvestija*, (9.11.2010) 208.

⁶⁹ Vgl. Judith Beyer, »Ethnonationalismus in Kirgistan. Die Ereignisse im Juni 2010«, in: *Zentralasien-Analysen*, (30.7.2010) 31f, S. 11–14, <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen31-32.pdf>>.

⁷⁰ Vgl. dazu Erica Marat, »Nation Branding in Central Asia: A New Campaign to Present Ideas about the State and the Nation«, in: *Europe-Asia Studies*, 61 (2009) 7, S. 1123–1136.

sie eine Minderheit in den zwei größten Städten der Republik, dem russischsprachigen Bischkek und dem usbekischsprachigen Osch, wo bis zum Juni 2010 noch jeder dritte Bewohner Usbeke war.⁷¹

Schon einmal, im Juni 1990, war es in Osch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken gekommen, als im Zuge der Perestrojka der sozio-ökonomische Druck und die politischen Zentrifugalkräfte zunahmen. Auslöser waren Streitigkeiten um Landnutzung und Forderungen nach mehr politischer Mitsprache.⁷² Während der Zusammenstöße, die von der Roten Armee rasch beendet wurden, starben 120 Usbeken, 50 Kirgisen und eine Person russischer Nationalität.⁷³ Obwohl die näheren Umstände des Konflikts nie ganz aufgeklärt wurden, gelang es unter Askar Akajew, der bald nach den Unruhen erster Präsident des Landes wurde, ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten und den ethnischen Nationalismus zu zügeln.⁷⁴

Im historischen Gedächtnis der beiden nah verwandten muslimischen Turkvölker wurde der Konflikt von Osch 1990 jedoch konserviert. Im Vorfeld der Unruhen von Juni 2010 wurden Erinnerungen an diesen Konflikt wachgerufen, die das gegenseitige Misstrauen nährten.⁷⁵ Dieses speist sich auch aus den Spannungen zwischen Kirgistan und Usbekistan, die strittige Fragen der Energie- und Wassernutzung den bilateralen Handel sowie ungelöste Grenzfragen betreffen.

Die politischen und sozialen Verwerfungen der letzten Jahre haben latente ethnische Animositäten und Vorurteile ans Tageslicht gebracht. So wurden die städtischen usbekischen Händlerfamilien von den auf der Suche nach Arbeit neu zugezogenen Kirgisen als Bürger zweiter Klasse verhöhnt, gleichzeitig aber wegen ihrer sozialen Geschlossenheit und ihres wirtschaftlichen Erfolgs beneidet. Umgekehrt erregte die systematische Bevorzugung ethnischer Kirgisen im Verwaltungs-, Polizei- und Militärapparat den Unmut der Usbeken. Diese mussten zuschauen, wie die Kirgisen ihre Positionen in der staatlichen Verwaltung auf Kosten des von Usbeken dominierten Handels und Gewerbes ausbauten, auch um mehr Schmiergelder

für die Gewährung öffentlicher Dienstleistungen zu kassieren.

Außerdem verfestigte sich in der Öffentlichkeit das Zerrbild, wonach in erster Linie ethnische Kirgisen unter der wirtschaftlichen Transformation zu leiden hätten.⁷⁶ Damit gewannen verbreitete Vorstellungen über die Rechtmäßigkeit der Ansprüche der eigenen Gemeinschaft und über die Verantwortung für die Ereignisse von Juni 1990 in Südkirgistan neue Brisanz. Geschürt wurde auch die Angst der Kirgisen, die usbekische Minderheit im Süden des Landes hege Autonomiebestrebungen und wolle das Land spalten.⁷⁷

Solche Befürchtungen waren schon vor Bakijews Präsidentschaft häufig zu vernehmen. Unter seiner Herrschaft setzte allerdings eine Wende im Umgang mit dem Status der ethnischen Minderheiten ein, die die ethnischen Spannungen begünstigte. So entwickelte sich Kirgistan unter Bakijew auch faktisch immer mehr zum »Land der Kirgisen«. Die bis dahin nur symbolische Dominanz des Kirgientums in der öffentlichen Sphäre wurde durch die staatliche Personalpolitik untermauert. Diese führte eine Quotenregelung zugunsten ethnischer Kirgisen ein und vertrat ihr ethno-politisches Programm mit einer aggressiven Rhetorik, die auf Vorrechten der Titularnation gegenüber ethnischen Minderheiten bestand. Die Ideologie des Kirgientums lieferte dem Mob im Juni 2010 die Rechtfertigung für die Attacken auf die Usbeken und ist seit dem Wahlergebnis vom Oktober 2010 gleichsam parlamentarisch verankert. Nur drei der 120 Parlamentarier sind Usbeken, obwohl diese fast 15 Prozent der Bevölkerung stellen.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Nur Umarow, »Kirgistan in der sozioökonomischen Dauerkrise – Wer ist ›schuld‹?«, in: *Zentralasien-Analysen*, (27.2.2009) 14, S. 2–5, <<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/pdf/ZentralasienAnalysen14.pdf>>. Eine differenziertere Perspektive auf die gegenseitigen Wahrnehmungen und Schuldzuweisungen findet sich bei Madeleine Reeves, »Getting to the Roots of Resentment in Kyrgyzstan«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 4.7.2010, <www.rferl.org/content/Getting_To_The_Roots_Of_Resentment_In_Kyrgyzstan/2090331.html>.

⁷⁷ Vgl. Nick Megoran, »The Background to Osh: Stories of Conflict and Coexistence«, *OpenDemocracy*, 11.10.2010, <www.opendemocracy.net/od-russia/nick-megoran/back-ground-to-osh-stories-of-conflict-and-coexistence>.

⁷⁸ Vgl. Ryan Weber, »Minority Representation Paltry in Kyrgyzstan's New Parliament«, *EurasiaNet*, 30.11.2010, <<http://www.eurasianet.org/node/62463>>.

⁷¹ Vor den Gewaltereignissen im Juni 2010 machten Usbeken etwa 15 Prozent der kirgisischen Gesamtbevölkerung aus und lebten fast ausschließlich im Süden des Landes.

⁷² Vgl. ICG, *The Pogroms in Kyrgyzstan* [wie Fn. 9], S. 3.

⁷³ Valery Tishkov, *Ethnicity, Nationalism and Conflict in and after the Soviet Union*, London 1997, S. 137.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 138.

⁷⁵ Vgl. Khamidov, »Provisional Government Grappling« [wie Fn. 12].

Soziale und ökonomische Herausforderungen

Die mangelnde Handlungsfähigkeit der Regierung wiegt umso schwerer, als die chronischen sozio-ökonomischen Probleme des Landes nach dem Krisenjahr 2010 dringend anzugehen wären. Denn die desolante Wirtschaftslage ist noch bedrohlicher für das Experiment der kirgisischen parlamentarischen Demokratie als die prekäre parteipolitische Konstellation. Die sozio-ökonomischen Schwierigkeiten hatten bereits das Bakijew-Regime und davor schon das Akajew-Regime destabilisiert und schließlich zu Fall gebracht. Zum Teil rühren sie noch von postsowjetischen Hinterlassenschaften her, die schon den Eintritt in die Unabhängigkeit belasteten. Zudem verschärften sich die Missstände in den letzten Jahren der Herrschaft Bakijews zu einer »sozio-ökonomischen Dauerkrise«⁷⁹, aus der das Land sich nur mit großer Mühe wird befreien können.

Bereits zu Sowjetzeiten zählte die kirgisische Wirtschaft zu den schwächsten der Union und war in hohem Maße von den stärker industrialisierten Unionsrepubliken abhängig. Die Auflösung der Sowjetunion hat dieses strukturelle Defizit verstärkt.⁸⁰ Im Unterschied zu seinen postsowjetischen Nachbarländern Kasachstan und Usbekistan besitzt das kleine, gebirgige und landwirtschaftlich geprägte Land wenig nennenswerte Ressourcen. Zwar verfügt es über wertvolle Wasserkraft, die potentiell den Energiebedarf des Landes decken und Kirgistan darüber hinaus zum Energieexport befähigen könnte. Doch fehlen zuverlässige Abnehmer, vor allem aber die Mittel zum Ausbau der technischen Infrastruktur.⁸¹ Die stromabwärts liegenden, volkswirtschaftlich stärkeren Anrainerstaaten, die das Wasser vorwiegend für ihre Landwirtschaft nutzen, sehen den Ausbau des kirgisischen

Wasserkraftsektors als Bedrohung, was für wiederkehrende Spannungen zwischen den Staaten sorgt.⁸²

Die strukturellen Schwächen seines Landes waren Kirgistans erstem Präsidenten Akajew schon in den 1990er Jahren sehr wohl bewusst. Deshalb leitete er frühzeitig marktwirtschaftliche Reformen ein. Mit ihrer Hilfe hoffte er, im Wettbewerb mit Nachbarstaaten um ausländische Investitionen und Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen zu bestehen. Eifriger als seine Nachbarländer setzte Kirgistan die Reformvorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank um und konnte schon 1998 als erste der ehemaligen Sowjetrepubliken der WTO beitreten.⁸³ Dabei gelang es Kirgistan, von internationalen Finanzinstituten und Entwicklungsbanken (IWF, Weltbank, ADB, EBRD) Hilfst transfers in zweistelliger Millionenhöhe für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau zu erhalten. Zugleich war es dank seiner Demokratieversprechen und einer lebendigen Zivilgesellschaft bereits vor der »Tulpenrevolution« zum Favoriten des Westens in der Region geworden.⁸⁴ Es bildete sich ein großer NGO-Sektor heraus, der von ausländischen Hilfseinrichtungen finanziert wurde und damit das Land immer abhängiger von solchen Transferleistungen machte.⁸⁵

Doch das einstige Paradebeispiel für regionale Entwicklungsintervention entpuppte sich als besonders eklatanter Fall von Fehlentwicklung. So driftete die in den späten 1990ern noch als »Insel der Demokratie« apostrophierte Republik⁸⁶ unter dem späten Akajew zusehends in Richtung Autoritarismus. Die neoliberalen Reformvorgaben, die ihren Ausdruck in den Kreditlinien der IWF und der Weltbank fanden, erfüllten die Hoffnungen nicht, ja, destabilisierten sogar das sozialpolitische Gefüge. Preisliberalisierung,

⁷⁹ Vgl. Umarow, »Kirgistan in der sozioökonomischen Dauerkrise« [wie Fn. 76].

⁸⁰ Im Jahr 2004 lebten ungefähr 40 Prozent der 5,2 Millionen Einwohner des Landes unterhalb der Armutsgrenze; vgl. Central Intelligence Agency (CIA), *The World Factbook 2009*, Washington, D.C., 2009, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/print_2046.html>. Kirgistan nimmt im Human Development Index 2010 Platz 109 unter den 169 dort erfassten Nationen ein und steht damit hinter dem benachbarten Usbekistan (102) und vor Tadschikistan (112); vgl. Catherine A. Fitzpatrick, »Central Asia Mostly Ranks »Medium« on UN Human Development Index«, *EurasiaNet*, 5.11.2010, <<http://www.eurasianet.org/node/62320>>.

⁸¹ Vgl. Richard Pomfret, *The Central Asian Economies since Independence*, Princeton 2006, S. 73f.

⁸² Vgl. Andrea Schmitz, »Amudarja und Syrdarja: Konfrontation statt Kooperation«, in: Stormy-Annika Mildner (Hg.), *Konfliktisrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2011 (SWP-Studie 5/2011), S. 34–43.

⁸³ Vgl. Pomfret, *The Central Asian Economies since Independence* [wie Fn. 81], S. 74.

⁸⁴ Mitte der 1990er Jahre erhielt Kirgistan von USAID pro Kopf 16 Mal so viel Entwicklungshilfegelder wie das weniger reformfreundige Nachbarland Usbekistan. Vgl. John Anderson, *Kyrgyzstan: Central Asia's Island of Democracy?*, Amsterdam 1999, S. 78.

⁸⁵ Vgl. Boris Petric, »Post-Soviet Kyrgyzstan or the Birth of a Globalized Protectorate«, in: *Central Asian Survey*, 24 (2005) 3, S. 319–332.

⁸⁶ Vgl. Anderson, *Kyrgyzstan: Central Asia's Island of Democracy?* [wie Fn. 84].

»wilde« Privatisierung und ausländische Investitionen in Schlüsselindustrien, zum Beispiel im Bergbausektor,⁸⁷ haben in erster Linie korrupte Eliten und Mittelmänner bereichert, ohne dass die allgemeinen Lebensbedingungen sich spürbar verbessert hätten. Nach dem Verfall der sowjetischen Militär-Industrie-Konglomerate wurden der informelle Sektor, die ausländischen Hilfstansfers⁸⁸ und zunehmend auch die Überweisungen von Arbeitsemigranten zu den wichtigsten Stützen der nationalen Ökonomie.⁸⁹

Alle anderen Sektoren mussten Rückschläge verkraften. Da die Kolchosen aufgelöst wurden und das Land privatisiert wurde, hatten Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung besonders stark unter dem Umbau zur Marktwirtschaft zu leiden. Arbeitslosigkeit, Landflucht und Verarmung betreffen zwar alle zentralasiatischen Republiken, sind in Kirgistan jedoch deutlicher ausgeprägt, weil Alternativen fehlen und die staatlichen Strukturen so schwach sind. Deren Doppelfunktion als Arbeitgeber und Leistungsanbieter hat mittlerweile der »zivilgesellschaftliche« (NGO-) Sektor – mehr schlecht als recht – übernommen.

Mit dem wachsenden Stadt-Land-Gefälle verändern sich auch die sozialen Strukturen radikal. Eine Klasse sozial benachteiligter Menschen entstand, die kaum eine Chance auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg haben und sich dessen auch bewusst sind.⁹⁰ Diese Klasse bildete den Nährboden für den Mob, der während der April-Unruhen und der Juni-Pogrome Gewalttaten verübte.⁹¹ Treibende Kraft dieser Ereignis-

nisse waren nicht so sehr konkrete politische Forderungen als vielmehr eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft, die sowohl auf »Frustentladung« (sprich Zerstörung) als auch auf unmittelbare Ausnutzung der Lage (sprich Plünderung) aus war.

Während der Herrschaft Bakijews spitzten sich die sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten immer mehr zu, bis ein explosives Klima für soziale und politische Unruhen entstanden war. Schon 2007 hatte der rasante Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel Kirgistans verarmte Landbevölkerung besonders hart getroffen. Lebensmittel verteuerten sich binnen weniger Monate um bis zu 50 Prozent. Die Regierung versäumte es, dem entgegenzuwirken und Profiteure und Zwischenhändler in die Schranken zu weisen.⁹² Mehr noch: Mit dem Wintereinbruch 2007/2008 geriet das Land in eine Energieversorgungskrise, in der der Bevölkerung beträchtliche Preissteigerungen und trotz grimmiger Kälte acht bis zwölf Stunden Stromsperre täglich zugemutet wurden.

Neben der Energiekrise schürte die globale Finanzkrise den Zorn der Kirgisen auf Präsident Bakijew. Sie erreichte die Region im Jahr 2009 und hatte empfindliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der unteren Einkommensgruppen. Überweisungen der kirgisischen Gastarbeiter aus Russland und Kasachstan hatten sich zuvor auf ein Drittel des BIP summiert und sanken infolge der Krise um 40–50 Prozent,⁹³ was die Lebensgrundlagen einer von Jahr zu Jahr ärmer werdenden Bevölkerung zusätzlich erodieren ließ.⁹⁴

Der Regimewechsel im April 2010 hat an Kirgistans Grundsituation nichts verändert. Im Zuge zweier aufeinander folgender Revolutionen machten die Kirgisen die Erfahrung, dass sich durch Proteste zwar ein Machtwechsel herbeiführen lässt, die Missstände, die den Protest motivierten, damit jedoch nicht behoben sind. Daher ist die Gefahr groß, dass die Kirgisen erneut auf die Straße gehen, sollten sich die altbekannten Übel abermals verschärfen. Offen ist allerdings, gegen wen sich der Protest richten würde, denn mit

⁸⁷ Hier ist ein – in Kirgistan seit jeher umstrittenes – kanadisch-kirgisches Joint Venture zu nennen, das bei Kumtor in großem Stil nach Gold schürft. Darüber hinaus aber gelang es kaum, ausländische Investoren zu einem Engagement zu ermutigen, obwohl frühzeitig Freihandelszonen in Naryn, Bischkek und Karakol geschaffen wurden. Gründe für das Scheitern waren das unsichere Geschäftsklima, die Isolation des kirgisischen Marktes und die Korruption; vgl. Anderson, *Kyrgyzstan: Central Asia's Island of Democracy?* [wie Fn. 84] S. 75–79.

⁸⁸ Vgl. Pomfret, *The Central Asian Economies since Independence* [wie Fn. 81], S. 78f, 82f.

⁸⁹ Zwar gibt es keine genauen Statistiken, doch Schätzungen zufolge stieg die Anzahl der Arbeitsemigranten zwischen 2004 und 2008 auf 500 000 bis 800 000. Vgl. ICG, *Central Asia: Migrants and the Economic Crisis* [wie Fn. 38], S. 1.

⁹⁰ Vgl. Balihar Sanghera, »Why Are Kyrgyzstan's Slum Dwellers so Angry?«, *OpenDemocracy*, 15.6.2010, <www.opendemocracy.net/od-russia/bali-har-sanghera/why-are-kyrgyzstan%E2%80%99s-slum-dwellers-so-angry>.

⁹¹ Vgl. dazu Pavel Dyatlenko, »Kyrgyzstan: Protests on Demand«, in: *Reporting Central Asia (Institute for War and Peace Reporting)*, (26.8.2010) 626.

⁹² Vgl. David Gullette, »Kyrgyzstan: Components of Crisis«, *OpenDemocracy*, 28.6.2010, <www.opendemocracy.net/david-gullette/kyrgyzstan-components-of-crisis>.

⁹³ Vgl. »Kyrgyzstan: Returning Labor Migrants are a Cause for Concern«, *EurasiaNet*, 2.4.2009, <www.eurasianet.org/departments/news/articles/eav040309e.shtml>.

⁹⁴ Vgl. Nargis Kassenova, *The Impact of the Global Economic Crisis on Central Asia and Its Implications for the EU Engagement*, Oktober 2009 (EU-Central Asia Monitoring [EUCAM] Working Paper Nr. 5).

der Dezentralisierung der politischen Macht fehlt es nunmehr an einer eindeutigen Adresse. Gleichzeitig ist die dritte kirgisische Republik dazu verdammt, im Schatten der zweiten zu verharren, solange die strukturellen Probleme fortbestehen. Davon wird vor allem Russland profitieren, das künftig erheblich mehr Einfluss auf die Politik des Landes nehmen wird, als es unter Bakijew vermochte.

Außenpolitische Neuausrichtung

Bereits vor den Protesten im April hatten russische Medien immer kritischer über Bakijew und seine Politik berichtet.⁹⁵ Unmittelbar vor dessen Vertreibung, am 1. April, hatte Russland die Preise für die Gasexporte nach Kirgistan erhöht und damit zu der Verteuerung beigetragen, welche die Proteste ausgelöst hatte. Russlands Premier Wladimir Putin war der erste Regierungschef, der die neuen Machthaber in Bischkek anerkannte.⁹⁶ Diesen wiederum war bewusst, dass Moskau ihnen wertvolle Hilfe geleistet hatte – und dass sie diese auch weiterhin benötigten. Schon am Tag nach Bakijews Vertreibung dankte Otunbajewa der Russischen Föderation für die »bedeutende Unterstützung bei der Entlarvung dieses nepotistischen und kriminellen Regimes«⁹⁷ und ließ auch in der Folge keinen Zweifel daran, dass man die Beziehungen zu Russland neu gewichten werde.⁹⁸

Als jedoch die Übergangsregierung den russischen Präsidenten Medwedjew im Juni darum bat, Truppen zu senden, um die Gewalt im Süden zu stoppen und die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen, blieb die erhoffte Unterstützung aus.⁹⁹ Stattdessen gab die russische Führung zu verstehen, eine Intervention komme nur dann in Frage, wenn die Mitglieder der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS)¹⁰⁰ einen entsprechenden Beschluss fassen

⁹⁵ Vgl. Erica Marat, »Russian Mass Media Attack Bakijev«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (1.4.2010) 63; James Kirchick, »Russia Rises while Kyrgyzstan Burns«, in: *The Wall Street Journal*, 16.6.2010.

⁹⁶ Vgl. Erica Marat, »Russia's Role in Kyrgyzstan Change«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (9.4.2010) 69.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Vgl. »Kyrgyzstan: Bishkek Seeking Kremlin Cash Infusion«, *EurasiaNet*, 11.4.2010, <www.eurasianet.org/departments/business/articles/eav041210.shtml>.

⁹⁹ Vgl. Deirdre Tynan, »Bishkek Asks for Russian Troops to Contain Osh Violence«, *EurasiaNet*, 12.6.2010, <www.eurasianet.org/node/61279>.

¹⁰⁰ Die OVKS besteht aus Armenien, Kasachstan, Kirgistan,

würden. Dass dieser ausblieb, überraschte kaum. Zum einen ist die OVKS nicht für ihre Entschlussfreudigkeit bekannt und ihre Mitgliedstaaten Usbekistan und Weißrussland waren mittelbar in die Ereignisse in Kirgistan involviert. Zum anderen überwogen auch in Russland diejenigen Stimmen, die vor den unabsehbaren Folgen einer Intervention warnten.¹⁰¹

Die Zurückhaltung auf dem Höhepunkt der Krise bedeutet jedoch keineswegs, dass die russische Führung darauf verzichtet, den Lauf der Dinge in Kirgistan in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei setzt sie auf den bewährten Mix aus Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits offeriert Moskau der provisorischen Regierung großzügige Kredite und andere Unterstützungsleistungen im Austausch für eine Stärkung seiner militärischen Präsenz.¹⁰² Andererseits macht es kein Hehl daraus, dass es die Einführung der parlamentarischen Demokratie, die das Referendum bestätigt hat, für einen Fehler hält und es lieber sähe, wenn in Kirgistan Kräfte regierten, die diese Haltung teilen.

Zu diesen zählte von Anfang an Feliks Kulow, der von Präsident Medwedjew mehrfach zu Gesprächen in Moskau empfangen wurde.¹⁰³ Da der Ausgang der Parlamentswahlen ungewiss war, setzte sich Moskau jedoch nicht nur mit Kulow ins Benehmen. Auch die Parteichefs von SDPK und Respublika wurden zu Unterredungen nach Moskau geladen und es wird angenommen, dass sie üppige Zuwendungen für den Wahlkampf erhielten.¹⁰⁴ Dagegen lancierten russische Medien eine Schmutzkampagne gegen Omurbek Tekebajew, den Parteivorsitzenden von Ata-Meken, der unmissverständlich für demokratische Reformen und

Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland. Russland sucht dieses regionale Sicherheitsbündnis seit längerem politisch aufzuwerten. Vgl. Andrea Schmitz, *Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2008 (SWP-Studie 5/2008).

¹⁰¹ Vgl. Tynan, »Bishkek Asks for Russian Troops« [wie Fn. 99]; »Duma MP Zatulins Warns of Risks over Kyrgyz Plea for Russian Troops«, *BBC Monitoring Global Newslines, Central Asia Political File*, 12.6.2010.

¹⁰² Vgl. Viktor Litovkin, »Odna baza vmesto pjati« [Eine Militärbasis anstatt fünf], in: *Nezavisimaja gazeta*, (24.9.2010) 205, S. 2; »Russia to Grant Kyrgyzstan \$8 Million«, *Trend News Agency*, 4.11.2010.

¹⁰³ Vgl. Vladimir Solov'ev/Kabaj Karabekov, »Kirgizii šjut staruju formu pravlenija« [Den Kirgisen wird eine neue Regierungsform verpasst], in: *Kommersant'*, (23.9.2010) 176, S. 8; »Ten' vyborov« [Der Schatten der Wahlen], in: *Kommersant'*, 12.7.2010, S. 1.

¹⁰⁴ Vgl. Grigorij Michajlov, »Moskva menjaet predvybornuju taktiku« [Moskau ändert seine Taktik im Vorfeld der Wahlen], in: *Nezavisimaja gazeta*, (27.9.2010), 207, S. 7.

eine pro-westliche Politik eintrat und Moskau vorwarf, es wolle den Kirgisen diktieren, wie die Entwicklung des Landes künftig zu verlaufen habe.¹⁰⁵ Tekebajew war folgerichtig auch nicht dabei, als die Führungsspitzen der anderen vier Siegerparteien gleich nach den Wahlen in Moskau ihre Aufwartung machten.¹⁰⁶

Die kirgisische Bevölkerung scheint den pro-russischen Kurs der führenden Parteien jedoch weitgehend zu billigen. Dies mag auch an der Propaganda russischer Medien liegen. In alarmistischem Ton wird die parlamentarische Demokratie mit Instabilität gleichgesetzt, werden neue Unruhen heraufbeschworen.¹⁰⁷ Offensichtlich trifft dies die Stimmungslage vieler Kirgisen und schürt nicht nur die verbreitete Angst vor einem erneuten Gewaltausbruch, sondern auch die Zweifel am Parlamentarismus als »westlichem« Import.

Die Furcht vor einer Rückkehr der Gewalt lässt sich offenbar wirkungsvoll instrumentalisieren. Dass dies russischen Interessen entgegenkommt, hat die Debatte um die Entsendung einer OSZE-Polizeiberatergruppe eindrucksvoll vor Augen geführt. Unmittelbar nach dem Abflauen der Pogrome, am 16. Juni, hatte die Übergangsregierung die OSZE um Hilfe bei der Stabilisierung der Lage angerufen.¹⁰⁸ Dies stieß jedoch auf Widerstand bei Teilen des politischen Establishments in Kirgistan, so dass der Ständige Rat der OSZE im Juli beschloss, anstatt der zunächst anvisierten Polizeimission nur eine Beratergruppe nach Kirgistan zu entsenden, die den dortigen Polizeikräften bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zur Seite stehen sollte.¹⁰⁹ Der Termin für die Entsendung wurde jedoch immer wieder verschoben, denn in Kirgistan machte sich eine OSZE-feindliche Stimmung breit. Gegen die Entsendung der Beratergruppe sprachen sich nicht nur die möglicherweise in die Pogrome verwickelten Akteure im Süden des Landes aus, son-

dern auch führende Politiker in Bischkek, viele von ihnen aus dem Dunstkreis der sicherheitsrelevanten Strukturen.¹¹⁰ Im November wurde das OSZE-Projekt schließlich zu einer lokalen Sicherheitsinitiative (Community Security Initiative) herabgestuft, deren Wirkung als äußerst begrenzt beurteilt wird.¹¹¹ Das Ansehen der OSZE in Kirgistan wurde nicht zuletzt durch das Krisenmanagement des kasachischen Vorsitzes beschädigt: Infolge der April-Unruhen und erneut im Juni hatte Kasachstan mehrere Grenzübergänge geschlossen und Kirgistan damit eine wochenlange Handelsblockade auferlegt.¹¹² Darüber hinaus war Kasachstan auch wegen seiner Flüchtlingspolitik in die Kritik geraten.¹¹³

Mit Verweis auf den wachsenden innerkirgisischen Widerstand forderte Russlands OSZE-Botschafter den Ständigen Rat am 2. September schließlich auf, Kirgistan keine Unterstützung »aufzuzwingen«, um das Land nicht weiter zu destabilisieren. Vielmehr gelte es, die Bemühungen der kirgisischen Autoritäten und das »Bekenntnis der Bevölkerung zur Demokratie« zu respektieren und die Entscheidung zu vertagen, bis »alle Probleme gelöst« seien.¹¹⁴ Wenig später, am 28. September, teilte der russische Grenzschutz mit – ob mit Wissen oder zur Überraschung der OSZE, sei dahingestellt –, dass man 40 russische Berater zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität nach Osch zu entsenden gedenke.¹¹⁵

105 Vgl. Kadyr Toktogulov, »Kyrgyzstan Votes after Year of Turbulence«, in: *The Wall Street Journal*, 11.10.2010; Erica Marat, »Moscow Seeks Influence in the Kyrgyz Elections«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (5.10.2010) 179.

106 Vgl. Kabaj Karabekov/Vladimir Solov'ev, »Kirgizy dobira-jutsja do koalicii čerez Rossiju« [Die Kirgisen kommen über Russland zur Koalition], in: *Kommersant'*, (16.10.2010) 193, S. 3.

107 Vgl. exemplarisch Grigorij Michajlov, »ZIK deržit pauzu« [Das Zentrale Wahlkomitee macht Pause], in: *Nezavisimaja gazeta*, (21.10.2010), 228, S. 6.

108 Vgl. Andrew E. Kramer, »Kyrgyzstan Asks European Security Body for Police Team«, in: *The New York Times*, 24.6.2010.

109 Vgl. OSCE Permanent Council, *Decision No. 947: OSCE Police Advisory Group to Kyrgyzstan*. 824th Plenary Meeting, PC Journal No. 824, Agenda item 4, 22.7.2010.

110 Vgl. Arkadij Dubnov, »My protiv togo, čtoby ubivali gostej« [Wir sind dagegen, dass man Gäste umbringt], in: *Vremja novostej*, (30.7.2010) 134, S. 4; Erica Marat, »Kyrgyz Officials Poised to Reject OSCE Forces«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (16.8.2010) 158.

111 Arie Bloed, »CSI Osh: Kyrgyzstan and the OSCE«, *Security and Human Rights (Netherlands Helsinki Committee)*, 30.11.2010, <http://www.shrblog.org/blog/CSI_Osh_Kyrgyzstan_and_the_OSCE.html?id=56>; Gespräche im Mai 2011 in Osch (Andrea Schmitz).

112 Vgl. Ulan Temirov, »Bishkek Suffering from De-Facto Trade Embargo Following Upheaval«, *EurasiaNet*, 3.5.2010, <www.eurasianet.org/node/60965>.

113 Vgl. »Kazakhstan Bars Entry to Ethnic Uzbeks from Kyrgyzstan«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 18.6.2010, <www.rferl.org/content/Kazakhstan_Bars_Entry_To_Ethnic_Uzbeks_From_Kyrgyzstan_/2075397.html>; Asel Murzakulova, »Kyrgyzstan Postpones Decision on OSCE Mission to after Elections«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 29.9.2010.

114 Vgl. »Russia Urges OSCE to Take Delicate Approach in Assisting Kyrgyzstan«, *Interfax Kazakhstan General Newswire*, 6.9.2010.

115 Vgl. Kabaj Karabekov/Aleksandr Reutov, »Rossijskie pograničniki operedili policejskich OBSE« [Russische Grenzschützer kommen der OSZE-Polizei zuvor], in: *Kommersant'*, (29.9.2010) 180, S. 8.

Während Russlands Einfluss in Kirgistan seit Bakijews Sturz kontinuierlich gewachsen ist, hat die Popularität westlicher Akteure deutlich abgenommen. Dies betrifft nicht nur die OSZE. Auch die USA haben seit den April-Ereignissen Sympathien eingebüßt. Um den Zugang zum Flughafen Manas nicht zu gefährden, der in der Logistik des Afghanistankrieges eine zentrale Rolle spielt,¹¹⁶ nahmen amerikanische Politiker die immer autoritärere Politik Bakijews billigend in Kauf und verloren dabei die kirgisische Zivilgesellschaft und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten aus den Augen. Damit haben sich die USA bei vielen Kirgisen unglaublich gemacht. Aber auch bei den Protagonisten des April-Putsches haben die Vereinigten Staaten einigen Kredit verspielt. Nach den April-Ereignissen hatte das amerikanische Außenministerium die Übergangsregierung nur zögerlich anerkannt und zu verstehen gegeben, dass man den neuen Machthabern in Bischkek nicht allzu viel zutraute.¹¹⁷

In der Folge haben sich die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen zwar normalisiert, doch harmonisch sind sie keineswegs. Die Regierung in Bischkek wirft Washington vor, bei der Versorgung des Transit-zentrums Manas mit Flugzeugtreibstoff seit Jahren Firmen zu bevorzugen, die mit der Familie des gestürzten Präsidenten in Verbindung stehen.¹¹⁸ Eine Untersuchung des amerikanischen Kongresses förderte zwar keine Beweise dafür zutage, die Strukturen der betreffenden Unternehmen sind jedoch alles andere als transparent. Ähnlich undurchsichtig agiert das Pentagon: Ohne Ausschreibung vergab es Aufträge im Wert von insgesamt rund 3 Milliarden US-Dollar. Dies sei für den Nachschub des Transit-zentrums unabdingbar gewesen.¹¹⁹ Die kirgisische Regierung verlangte, das Pentagon solle die dubiosen Geschäftsbeziehungen so lange aussetzen, bis die kirgisische Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen habe. Zudem machte die Übergangsregierung deutlich, dass sie ein kirgisisch-russisches Joint Venture

bevorzugt, das dem kirgisischen Staat zusätzliche Einkünfte von rund 50 Millionen US-Dollar bescheren würde.¹²⁰ An dem Gemeinschaftsunternehmen sind der russische Monopolist Gazprom und eine kirgisische Ölgesellschaft beteiligt, zu deren Eigentümern Omurbek Babanow zählt, Vorsitzender der Partei Respublika.¹²¹

In der Folge sahen sich die USA gezwungen, Kirgistan's Forderungen nachzukommen und es an dem lukrativen Treibstoffhandel zu beteiligen.¹²² Denn das Pentagon hat unmissverständlich klargemacht, wo die strategischen Prioritäten liegen: in Afghanistan. Die Versorgung der dort kämpfenden Truppen bildet seit Präsident Obamas Amtsantritt den Dreh- und Angelpunkt der amerikanischen Zentralasienpolitik. Die Beziehungen zu Kirgistan werden daher weiterhin im Zeichen sicherheitspolitischer Kalküle stehen. Das wird den Regierenden dort zwar einigen Verhandlungsspielraum verschaffen, die strukturellen Probleme des Landes aber kaum beheben.

116 Vgl. Andrea Schmitz, *Jenseits von Afghanistan. Die zentralasiatischen Implikationen der neuen ISAF-Strategie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2010 (SWP-Aktuell 32/2010).

117 Vgl. »My ne staraemsja postroit' trubu v obchod Rossii« [Wir beabsichtigen nicht, eine Pipeline zu bauen, die Russland umgeht], in: *Kommersant'*, (28.5.2010) 94, S. 8.

118 Vgl. Andrew Higgins, »Owners of Secretive Fuel Contracting Group Emerge«, in: *The Washington Post*, 6.11.2010.

119 Vgl. »DOD Awards Manas Transit Center Fuel Contract«, *US Fed News*, 4.11.2010; Andrew Higgins/Walter Pincus, »Pentagon Gives Large Fuel Contract to Secretive Firm«, in: *The Washington Post*, 4.11.2010.

120 Vgl. Kabaj Karabekov/Gennadij Sysoev, »Kirgizija perekryvaet toplivo dlja korrupcii« [Kirgistan verwehrt der Korruption den Treibstoff], in: *Kommersant'*, (8.11.2010) 205, S. 8.

121 Vgl. Higgins/Pincus, »Pentagon Gives Large Fuel Contract to Secretive Firm« [wie Fn. 119].

122 Vgl. Lilit Gevorgyan, *Kyrgyz-Russian Venture to Provide Fuel to US Military Base in Kyrgyzstan*, 23.2.2011 (IHS Global Insight Analysis).

Ausblick: Risiken und Chancen

Mit den Parlamentswahlen im Oktober 2010 wurden die Weichen für den Weg in die dritte kirgisische Republik gestellt. Ob der Übergang zur parlamentarischen Demokratie tatsächlich glückt, hängt von drei Voraussetzungen ab. *Erstens* müssen die gewählten Volksvertreter Regierungsfähigkeit gewährleisten. Angesichts der programmatischen Unterschiede zwischen den führenden Parteien ist dies eine Herausforderung ersten Ranges. Im Mittelpunkt der Kontroverse wird stehen, wie mit Vertretern des Bakijew-Regimes umgegangen werden soll, die trotz der Entmachtung ihres Patrons den Anspruch auf politische Mitgestaltung nicht aufgegeben haben. Sie aus der Politik fernzuhalten, wie ihre Gegner dies versuchen,¹²³ dürfte jedoch auf Widerstand stoßen, denn die Gefahr ist groß, dass einige dieser Akteure über beträchtliches Mobilisierungspotential verfügen. Der Gewaltausbruch im Juni 2010 überschattet den politischen Neuanfang. Dies zeigt auch der Bericht der internationalen Kommission, die vom Sondergesandten der OSZE-Parlamentarierversammlung für Zentralasien geleitet wurde. Der Bericht konnte erst mit großer Verzögerung im Mai 2011 veröffentlicht werden. Seine Verfasser legen der kirgisischen Regierung nahe, die näheren Umstände der interethnischen Gewalt umfassend und unabhängig aufzuklären.¹²⁴

Der Rückgriff auf Gewalt als potentielles Mittel der politischen Auseinandersetzung und die Bedrohungsperceptionen, die sich daran knüpfen, zwingen die Regierung zu einer Politik des Appeasement und des Kompromisses. Dies wird der jungen kirgisischen Demokratie Grenzen setzen, weil es Rücksichtnahme auf diejenigen Akteure verlangt, denen es weniger um das Gelingen des demokratischen Experiments in Kirgistan geht, sondern die vor allem ihre Interessen und daher den Status quo wahren wollen. Die *zweite* Voraussetzung für den Erfolg des demokratischen Experiments ist daher, dass es die neue Regierung schafft, zwischen den ausschlaggebenden politischen Kräften des Landes, zu denen auch eine politisch sehr

heterogene Zivilgesellschaft zählt, so zu moderieren, dass die Debatte mit friedlichen Mitteln geführt wird. Alles andere würde den Neuanfang schwächen und denjenigen Argumente liefern, die das Scheitern des demokratischen Experiments betreiben, indem sie den Misserfolg herbeireden.

Drittens hängt die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in Kirgistan auch davon ab, wie sich die wichtigsten außenpolitischen Partner – Russland und die USA – gegenüber dem demokratischen Neustart verhalten. Sie können ihn unterstützen, aber auch unterlaufen. Besonders für Russland sind die politischen Neuerungen in Kirgistan unerfreulich. Die nunmehr eingeführte Gewaltenteilung bedeutet eine Abkehr von der präsidentiellen »Machtvertikale«, zu der man im postsowjetischen Raum ein geradezu libidinöses Verhältnis pflegt. Allerdings hat die Umstellung des politischen Systems eine neue Unübersichtlichkeit verursacht: Eine Mehrparteienkoalition bedeutet größere Stimmenvielfalt, mehr Transparenz und erhöhten Zeitaufwand bei der Entscheidungsfindung. Der Kontrollverlust, den man in Russland mit pluralistischen Verhältnissen assoziiert und den das politische Establishment als bedrohlich wahrnimmt, könnte Moskau dazu verführen, auf innerkirgisische Auseinandersetzungen mit einer Politik des »Teile und herrsche« zu reagieren und Kräfte zu fördern, die den demokratischen Prozess untergraben.

Vor diesem Hintergrund tragen die westlichen Partner Kirgistans – die USA und Europa – besondere Verantwortung. Doch die Spielräume der USA sind derzeit begrenzt, da sie ihren strategischen Schwerpunkt auf Afghanistan verlagert haben und deshalb ihre Zentralasienpolitik auf die logistischen und taktischen Erfordernisse des Afghanistankrieges konzentrieren. Diese strategische Priorität wird die amerikanische Politik in Kirgistan auch in den kommenden Jahren bestimmen und darüber hinaus eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland notwendig machen, wie sie sich in Afghanistan bereits andeutet.¹²⁵

¹²³ Vgl. »Kyrgyzstan Considers Barring Former Administration Members From Politics«, in: *Kazakhstan Newsline*, (4.11.2010) 1145.

¹²⁴ Vgl. Kyrgyzstan Inquiry Commission, *Report* [wie Fn. 20].

¹²⁵ Vgl. »First Joint U.S.-Russian Drugs Operation in Afghanistan Yields Good Results«, *GlobalSecurity*, 29.10.2010, <www.globalsecurity.org/military/library/news/2010/10/mil-101029-

Für Kirgistan wäre dies durchaus vorteilhaft. Regionalorganisationen wie OVKS und OSZE fehlt es an physischer wie symbolischer Schlagkraft. Auch Russland ist, wie sich im Juni 2010 gezeigt hat, unzureichend gerüstet, um die Rolle des Sicherheitsgaranten allein zu übernehmen. Dies wäre offensichtlich auch nicht im Sinne der kirgisischen Regierung.¹²⁶ Doch die Gefahr ist groß, dass mehr sicherheitspolitische Kooperation zwischen Russland und den USA auf Kosten des demokratischen Wandels in Kirgistan geht. Die strategische Fixierung auf die Kriegslogistik könnte die USA, wie unter Bakijew geschehen, zu Konzessionen an die von Russland unterstützten restaurativen Kräfte in Kirgistan zwingen und damit die demokratische Entwicklung blockieren.

Die Europäische Union, deren Zentralasienpolitik mit der Verabschiedung einer Zentralasienstrategie im Jahr 2007 Fahrt aufgenommen hat,¹²⁷ kann in Anbetracht dieser Ausgangslage eine bedeutende Rolle spielen, indem sie den Neuanfang in Kirgistan mit finanziellen und rechtlichen Instrumenten unterstützt und sich nicht scheut, auch politisch klar Position zu beziehen. Dass sie dazu in der Lage ist, hat sie, aller Kritik am schwerfälligen Brüsseler Apparat zum Trotz, sowohl im April als auch im Juni 2010 unter Beweis gestellt. Auf den Machtwechsel in Bischkek hat die EU frühzeitig reagiert. So hat die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, die von der Übergangsregierung geplanten Schritte hin zu einer legitimen demokratischen Ordnung begrüßt. Für den Fall, dass diese Schritte auch getan werden, hat Ashton Kirgistan politische, finanzielle und technische Unterstützung der EU in Aussicht gestellt.¹²⁸

Als Reaktion auf die Pogrome im Juni bewilligte die EU-Kommission noch im selben Monat 5 Millionen Euro humanitäre Soforthilfe für medizinische Versorgung, Unterkünfte, Wasser und Nahrung für die Opfer der Gewalt. Das Geld wurde an Nichtregierungsorganisationen, die Vereinten Nationen und das Rote

rianovosti04.htm>.

126 Vgl. »Russia, U.S. Could Cooperate in Kyrgyzstan: Otunbayeva«, *Asia Pulse*, 26.10.2010.

127 Vgl. Andrea Schmitz, »The Central Asia Strategy: An Exercise in EU Foreign Policy«, in: Alexander Warkotsch (Hg.), *The European Union and Central Asia*, London u.a.: Routledge, 2011, S. 11–21.

128 Vgl. European Parliament, *Catherine Ashton Speech to the European Parliament on the Situation in Kyrgyzstan*, Speech/10/171, Straßburg, 20.4.2010, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/171&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>>.

Kreuz weitergeleitet.¹²⁹ Die Sondergesandten von EU, VN und OSZE stimmten das weitere Vorgehen eng miteinander ab und koordinierten eine Geberkonferenz in Bischkek, auf der Kirgistan knapp eine Milliarde US-Dollar zugesagt wurden, verteilt über zweieinhalb Jahre.¹³⁰ Das Geld soll vor allem für die Wiederherstellung der bei den Pogromen zerstörten Infrastruktur sowie für die Nahrungsmittel- und Energiesicherheit aufgewendet werden. Rund 118 Millionen Euro Entwicklungshilfe kommen von der EU. Davon stammen 55 Millionen Euro aus dem Budget für 2010; weitere 51 Millionen Euro sind für die Jahre 2011–2013 vorgesehen, um die sozialen Sicherungssysteme sowie das Bildungs- und Rechtssystem zu verbessern. 12 Millionen Euro wurden als Soforthilfe bereitgestellt.¹³¹

Entscheidend ist jedoch, dass die Gelder rasch verfügbar sind und dass die EU bei der Implementierung ihrer Programme die neuartige Situation in Kirgistan berücksichtigt. Dort ist eine für zentralasiatische Verhältnisse ungewöhnlich weit gehende Öffnung und Dezentralisierung des politischen Raumes festzustellen. Sie hat die Möglichkeiten öffentlicher Debatten erheblich erweitert und den Bürgern Kirgistans die Gelegenheit eröffnet, den Umgang mit einer Pluralität von Stimmen und Meinungen zu erproben.

Ein lohnendes Betätigungsfeld für die EU und ihre Mitgliedstaaten bestünde darin, Kapazitäten bereitzustellen, um öffentliche Reflexion zu fördern. Denkbar wäre, den Aufbau oder die Restrukturierung von Massenmedien voranzubringen, etwa bei der Umwandlung des staatlichen Fernsehens in eine öffentliche Fernsehanstalt oder bei der Entwicklung von Radioprogrammen in den Provinzen. Als ähnlich sinnvoll könnte es sich erweisen, den Ausbau der neuen Informations- und Kommunikationstechnolo-

129 Vgl. »EU Commission Allocates €5 Million for Urgent Humanitarian Aid in Kyrgyzstan«, *ReliefWeb*, 16.6.2010, <www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/MUMA-86H2GN?OpenDocument>.

130 Vgl. »Donors to Provide \$260 Million Assistance to Kyrgyzstan Until End of 2010, \$735 Million Within 2.5 Years«, *AKIpress*, 2.8.2010.

131 Vgl. »EU to Pledge €118 Million at High-Level Donors Meeting for Kyrgyz Republic«, *ReliefWeb*, 27.7.2010, <<http://reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/MUMA-87S2PY?OpenDocument>>; siehe auch European Commission, *Commission Decision of 17/12/2010 on the Annual Action Programme 2010 in Favour of the Kyrgyz Republic to Be Financed under Article 19.10 02 of the General Budget of the European Union*, Brüssel, 17.12.2010, <http://ec.europa.eu/europeaid/documents/aap/2010/aap_2010_kgz_en.pdf>, sowie *Action Fiche for the Kyrgyz Republic (2010)*, <http://ec.europa.eu/europeaid/documents/aap/2010/af_aap_2010_kgz.pdf>.

gien und den Umgang damit zu unterstützen. Auf diese Weise könnte die EU auf der Ebene der gesellschaftlichen Strukturen ansetzen und Problemlösungskapazitäten schaffen, ohne sich in politische Entscheidungsfindungsprozesse einzumischen.

Der komparative Vorteil der EU in Kirgistan ist ihr guter Ruf, der vor allem daher rührt, dass man ihr keine machtpolitischen Interessen in der Region nachsagt. Zwar wird sie aus diesem Grund von Akteuren mit »realistischem« Politikverständnis als zahnloser Tiger geschmäht. Doch verglichen mit Russland, das in Zentralasien überwiegend eigene Interessen verfolgt, und den USA, die zu Gefangenen des Afghanistankrieges geworden sind, ist die EU in einer guten Position. Allerdings knüpfen sich daran auch große Erwartungen, besonders bei Akteuren, die sich ein demokratisches Kirgistan wünschen und bereit sind, ihr politisches Handeln danach auszurichten. Vor allem ihnen sollte sich die EU in Kirgistan verpflichtet fühlen.

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank
BDIMR	Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CACI	Central Asia-Caucasus Institute
CIA	Central Intelligence Agency
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EU	Europäische Union
EUCAM	EU-Central Asia Monitoring
GSNB	Gosudarstvennaja Služba Nacional'noj Bezopasnosti (Staatlicher Dienst für nationale Sicherheit, Kirgistan)
IBU	Islamische Bewegung Usbekistans
ICG	International Crisis Group
IWF	Internationaler Währungsfonds
IWPR	Institute for War and Peace Reporting
NGO	Non-Governmental Organization
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights (OSCE)
OSCE	Organization for Security and Cooperation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit
PA	Parliamentary Assembly
SDPK	Sozialdemokratische Partei Kirgistans
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
UNITAR	United Nations Institute for Training and Research
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
UNOSAT	UNITAR's Operational Satellite Applications Programme
USAID	United States Agency for International Development
VN	Vereinte Nationen